



Vielfalt ist Alltag

Kommunales Integrationskonzept Oberhausen

Maßnahmen und Projekte im Zeitraum 2008 bis 2012
Ausschnitte, Einblicke und Ausblicke



Inhalt

| | |
|--|-----------|
| 1. Einführung | 02 |
| 2. Überblick über den Entwicklungsstand in zentralen Handlungsfeldern | 04 |
| 2.1 Bildung/Familie | 04 |
| 2.1.1 Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung | 04 |
| 2.1.2 Interkulturelle Jugendarbeit | 08 |
| 2.1.3 Offensive Bildung und Integration in Oberhausen | 09 |
| 2.1.4 Integrationsförderung im schulischen Kontext | 11 |
| 2.1.5 Niederschwellige Frauensprachkurse | 13 |
| 2.2 Gesundheit und Soziales | 14 |
| 2.3 Ausbildung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung | 20 |
| 2.4 Kultur und Sport | 24 |
| 2.5 Interkulturelles Personalmanagement | 25 |
| 2.6 Migrantenselbstorganisationen | 32 |
| 3. Schlussbemerkungen | 36 |
| Anlage 1: | 37 |
| Tabellarische Übersicht der aufgeführten Bausteine in den Handlungsfeldern | |

1. Einführung

Am 22.10.2007 hat der Rat der Stadt Oberhausen einen ersten Beschluss zur Umsetzung des Kommunalen Integrationskonzepts Oberhausen (KIKO) gefasst (Drucksache Nr. A/14/2883-01 in Verbindung mit Drucksache Nr. B/14/2747-01). Der Ratsbeschluss definiert Integration als eine Querschnittsaufgabe, die in allen relevanten Politikfeldern stetig anzugehen ist. Zur Ergänzung und Optimierung der über die Jahre gewachsenen Strukturen und Angebote wurde die Umsetzung eines Maßnahmenkatalogs bzw. konkreter Handlungsaufträge beschlossen.

Bei dem Kommunalen Integrationskonzept Oberhausen handelt es sich um einen Rahmenplan, der die Leitziele und Handlungsfelder der Oberhausener Integrationspolitik benennt und eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der kommunalen Integrationsförderung beinhaltet. Auf dieser Grundlage wurden im Rahmen eines kontinuierlichen Prozesses weitere konkrete integrationspolitische Maßnahmen/Projekte geplant und umgesetzt.

Über den jeweiligen aktuellen Stand des Umsetzungsprozesses wurde bereits in den Drucksachen Nr. M/14/4052-01 und M/15/0818-01 umfassend berichtet.

Mit dem vorliegenden Bericht schreibt die Verwaltung ihre Berichterstattung fort. Der Bericht bietet einen Überblick über den Entwicklungsstand in zentralen Handlungsfeldern des Kommunalen Integrationskonzepts für den Berichtszeitraum von 2008 bis 2012, erhebt dabei allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Seine Erstellung stellt einen ersten Schritt auf dem Weg zur Fortschreibung des Kommunalen Integrationskonzepts zu einem „Strategieplan und Handlungsprogramm 2014-2019“ dar. Das diesbezüglich geplante Vorgehen wurde in der Drucksache Nr. M/15/2583-01 bereits skizziert und in der Sitzung des Integrationsrates am 05.02.2013 vorgestellt.

Der Bericht dient u.a. als eine Grundlage für den weiteren Entwicklungs- und Diskussionsprozess.

Die folgende Grafik stellt die grundlegende Orientierung des Berichtes dar:



Anmerkung:

Die zentralen Handlungsfelder sind im weiteren Fortschreibungsprozess des Kommunalen Integrationskonzeptes auf ihre Systematik und Vollständigkeit zu überprüfen und ggfls. entsprechende zu verändern oder zu ergänzen.

2. Überblick über den Entwicklungsstand in zentralen Handlungsfeldern

2.1 Bildung/Familie

2.1.1 Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung



Jährlich entwickeln sich Kindertageseinrichtungen (KTE) in Nordrhein-Westfalen zu **Familienzentren (FZ)** weiter. Seit dem Start im Kindergartenjahr 2006/2007 mit seinerzeit drei Familienzentren ist in Oberhausen der Ausbau auf inzwischen 21 Familienzentren angestiegen. Für das bevorstehende Kindergartenjahr hat das Land NRW der Stadt Oberhausen zwei weitere Kontingente zugewiesen. Im Dialog mit allen Trägern von Kindertageseinrichtungen werden auf Grundlage der Sozialraumdaten zwei favorisierte KTE benannt. Der Jungendhilfeausschuss der Stadt Oberhausen wird im Mai 2013 darüber beschließen.

Im Kindergartenjahr 2007/2008 konnten 510 U3-Plätze in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in Oberhausen angeboten werden. Dies entsprach einer Bedarfsdeckung von rd. 5,5 %. Seither ist der **Ausbau an Plätzen für Kinder unter drei Jahren** stetig vorangeschritten. Für das Kindergartenjahr 2013/2014 wird eine Bedarfsdeckung an Plätzen für Kinder unter drei Jahren von rd. 32,5 % erzielt. Mit dem Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetz (KiföG) wurde eine neue gesetzliche Grundlage für den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Bis zum Jahr 2013 sollte ein schrittweiser Ausbau erfolgen. Für das Land Nordrhein-Westfalen wurde eine durchschnittliche landesweite Bedarfsdeckung von 32% angestrebt. Für Oberhausen wurde eine Bedarfsdeckung von rd. 30% ermittelt. Im August dieses Jahres tritt nun der Rechtsanspruch auf eine Tagesbetreuung in Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege für unter dreijährige Kinder ab der Vollendung ihres ersten Lebensjahres in Kraft. Über die tatsächliche

Nachfrage lässt sich aktuell keine konkrete Aussage treffen. Das Betreuungsgeld, das Eltern ab August beantragen können, die keine Tagesbetreuung nutzen, kann sich ggf. auf die Nachfrage auswirken.

Im Zeitraum von November 2011 bis Februar 2012 wurden von einer trägerübergreifenden Arbeitsgruppe **interkulturelle Standards** für das System der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung (Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege) entlang der Dimensionen „Organisation“, „Personal“, „Angebote“ und „Kooperation/Vernetzung“ entwickelt und vereinbart. Um zukünftig eine kontinuierliche Beobachtung der adäquaten Berücksichtigung der definierten interkulturellen Standards zu ermöglichen, wurden auch Inhalte/Eckpunkte für ein (gemeinsames) Monitoring-System festgelegt. Die Projektgruppenarbeit baute auf einem Vorgängerprojekt auf, in dem bereits interkulturelle Standards für die Erziehungshilfe, die präventive Projektarbeit des Jugendamts und die Familienbildung entwickelt wurden (→ Drucksache Nr. B/15/13334-01). Die Projektleitung lag bei der Koordinierungsstelle Integration des Bereiches 04/Büro Chancengleichheit. Wissenschaftlich begleitet wurde die zur Erarbeitung der Standards durchgeführte Workshopreihe von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (GISS) aus Bremen. Alle Arbeitsergebnisse wurden im Konsensprinzip erzielt. Im Anschluss wurden Arbeitsergebnisse sowohl in der Arbeitsgruppe KTE/Kindertagespflege als auch in der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung gem. § 78 SGB VIII vorgestellt und erörtert. Am 31.01.2013 wurden die Standards einstimmig vom Jugendhilfeausschuss der Stadt Oberhausen beschlossen (→ Drucksache Nr. B/15/2401-01). Gegenwärtig wird eine Fortbildungsreihe für Leitungen von Kindertageseinrichtungen geplant, die ab der zweiten Hälfte des laufenden Jahres trägerübergreifend und flächendeckend durchgeführt werden soll.

Seit dem Jahr 2007 wird in Nordrhein-Westfalen zwei Jahre vor Einschulung in die Grundschule der Sprachstand eines jeden Kindes gezielt geprüft (Delfin-4-Verfahren). Geregelt ist dies im § 36 des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Schul G NRW). Die frühzeitige Sprachstandserhebung soll sicherstellen, dass alle Kinder, deren Sprachfähigkeiten nicht ausreichend sind, bis zum Schulstart durch gezielte **frühkindliche Sprachförderung** unterstützt werden. Für jedes Kind, das eine zusätzliche Sprachförderung nach Delfin 4 bescheinigt bekommt, gewährt das Land NRW bis zur Einschulung des Kindes eine jährliche Förderung von 350,- Euro. Diese Mittel werden den entsprechenden Kindertageseinrichtungen zur Umsetzung der Sprachförderung zur Verfügung gestellt. Die Förderung erfolgt seit dem Kindergartenjahr 2008/2009 über das am 01.08.08 in Kraft getretene Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Im Jahr 2012 wurden in Oberhausen insgesamt 1644 Kinder getestet, die 2014 schulpflichtig werden. Von diesen 1644 Kindern wurde 561 Kindern (34,12 %) ein zusätzlicher Sprachförderbedarf bescheinigt. Dies entspricht in etwa der Quote der letzten Jahre. Die Sprachförderung wird in den Oberhausener Einrichtungen mit den vielfältigen Methoden der Elementarpädagogik und unter Einbeziehung unterschiedlicher Programmen durchgeführt. Allerdings muss sich die Durchführung immer an den „Grundsätzen der Sprachförderung“ messen lassen, die zwischenzeitlich von der träger- und fachdisziplinübergreifenden Arbeitsgruppe „Kooperation Kindertageseinrichtung und Grundschule“ entwickelt wurden (→ Drucksache Nr. M/15/1588-01).

Um die Sprachförderung zielgerichtet, sowohl im Alltag als auch in Fördergruppen zu gestalten, ist es unerlässlich, den Sprachstand jeden einzelnen Kindes zu ermitteln und zu gegebener Zeit zu wiederholen, um die Fortschritte zu erfassen und zu dokumentieren. Dies geschieht aktuell in

unterschiedlichen Formen der Bildungsdokumentation. Da zurzeit kein übergreifendes Evaluationsinstrument zu Delfin 4 vorliegt, initiierte der Lenkungsreis der regionalen Bildungslandschaft das **Modellprojekt „Cito“** (→ Drucksache Nr. M/15/1872-01). In zwei Kooperationskreisen aus Kindertageseinrichtungen und Grundschulen wurden die Kinder mit dem vollständig digitalisierten Diagnoseverfahren im Zeitraum 2010 bis 2012 dreimal getestet. Die drei Testungen in den Kooperationskreisen ermöglichen eine dokumentierte Langzeitbeobachtung der Sprachentwicklung der Kinder unter Berücksichtigung der Lernfortschritte. Im Ergebnis zeigten die ersten beiden Testungen, dass durch die gezielte Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen alle Kinder ihre Sprachfähigkeit bereits vom ersten bis zum zweiten Test verbessern konnten. Die dritte Testung zeigte eine weitere deutliche Verbesserung. Im Mai 2013 wird von Seiten des Bildungsbüros im Rahmen eines Abschlussberichts (→ Drucksache Nr. M/15/2666-01) ausführlich über das Modellprojekt berichtet.

Seit Juni 2011 beteiligen sich die städtischen Kindertageseinrichtungen Tackenberg, Villa Kunterbunt und Strickersweg an dem **Bundesprogramm „Offensive frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“** (→ Drucksache Nr. M/15/1250-01). Im März 2012 startete die Bundesinitiative eine zweite Förderwelle. Im Zuge dieses Auswahlverfahrens wurde die Kindertageseinrichtung des Zweckverbandes katholischer Kindertageseinrichtungen an der Wörthstraße und die Kindertageseinrichtung der Ruhrwerkstatt e.V. an der Helmholtzstraße ausgewählt (→ Drucksache Nr. M/15/2232-01). Die Projektdauer beträgt insgesamt 3,5 Jahre und endet für alle teilnehmenden Einrichtungen am 31.12.2014. Ziel des Projektes ist es, Kinder aus bildungsfernen, spracharmen Familien mit und ohne Migrationshintergrund so früh wie möglich in eine nachhaltige und altersintegrierte Sprachförderung einzubeziehen. Voraussetzung für die Teilnahme am Projekt war die Einstellung einer pädagogischen Fachkraft, die sich im Verlauf des Projektes zu einer elementarpädagogischen Förderkraft qualifiziert sowie die Entwicklung eines einrichtungsbezogenen, sprachpädagogischen und alltagsintegrierten Gesamtkonzeptes, in dem auch die Arbeit mit Eltern Berücksichtigung findet. Die wissenschaftliche Evaluation des Bundesprogramms führt die Otto-Friedrich Universität Bamberg im Verbund mit PädQuis durch. Die bisherigen Erfahrungen können wie folgt zusammengefasst werden:

- Der Umgang mit Sprache bei den Kindern findet bewusster statt
- Der Austausch über Sprachförderung im Team wurde intensiviert und hat an Qualität gewonnen
- Die Sprachförderfachkraft ist Motor für die aktive Unterstützung der Sprachentwicklung der Kinder
- Die Sprachförderfachkraft wird in ihrer besonderen Rolle sowohl vom Team als auch von den Eltern gesehen und als „Expertin“ aufgesucht. Sie gibt den Eltern und dem Team praktische Anregungen zur Förderung der Sprachentwicklung der Kinder
- Kinder profitieren von der besseren Fachkraft-Kind-Relation und greifen Sprachanlässe motiviert auf, da diese alltagsintegriert und an der Situation der Kinder orientiert sind

Zur Ergänzung und Unterstützung der Sprachförderung durch die Kindertageseinrichtungen wird seit dem Jahr 2008 vom Bereich 2-6/Regionale Arbeitsstelle Zuwanderung (RAA) kontinuierlich das Programm **„Rucksack-KiTa: Programm zur Sprachförderung und Elternbildung“** durchgeführt. „Rucksack KiTa“ ist ein Sprach- und Bildungsprogramm für Eltern und Kindertageseinrichtungen. Es

richtet sich an Eltern mit Zuwanderungsgeschichte und ihre Kinder im Alter von 4 bis 6 Jahren sowie an Kindertageseinrichtungen, die von diesen Kindern besucht werden. Eltern werden so früh und intensiv wie möglich in die Bildungsarbeit einbezogen. Mithilfe des Programms werden Eltern in die Lage versetzt, die Sprach- und Entwicklungsförderung ihrer Kinder zu verbessern. Sie erhalten Anregungen und Unterstützung in Bezug auf ihre Erziehungskompetenz und eine ganzheitliche Förderung. Der Muttersprache der Familie wird eine besondere Wertschätzung entgegengebracht. Aktuell wird das Programm an folgenden Standorten durchgeführt:

- Ev. FZ Oberlin
- KTE Club Emek e.V.
- Kath. KTE St. Michael
- Städt. FZ City-West
- Städt. FZ Lirich
- Städt. KTE Stemmersberg

Insgesamt nehmen zur Zeit 43 Mütter mit ihren Kindern aktiv, regelmäßig und erfolgreich am Rucksack-KiTa-Programm teil. Die Kindertageseinrichtung Club Emek e.V. wurde im Jahr 2012 als sog. „Rucksack-Kita“ zertifiziert.

Seit dem Oktober 2010 wird die Maßnahme **“Kita-Schnuppnasen“** erprobt. Träger ist die Katholische Familienbildungsstätte, die das Projekt im Auftrag der Stadt Oberhausen in Kooperation mit der Evangelischen Familienbildungsstätte und dem Kinderpädagogischen Dienst umsetzt. Basierend auf dem Konzept „Lernen im Spielraum Plus“ verfolgt das Projekt folgende Zielorientierungen:

- Stärkung von Eltern in ihrer Erziehungs- und Alltagskompetenz
- Förderung der Ressourcen und der ganzheitlichen Entwicklung von Kindern
- Vermittlung der Bedeutung einer professionellen Betreuung in Kindertageseinrichtungen
- Herstellung von Transparenz über das Anmelde- und Aufnahmeverfahren
- Unterstützung des Ablösungsprozesses zwischen Eltern und Kinder
- Vorbereitung von Eltern und Kindern auf den Besuch einer Kindertageseinrichtung im Sozialraum

In der ersten Förderphase wurden interkulturelle Eltern-Kind-Gruppen in den Familienzentren der Markuskirchengemeinde und der AWO sowie den städtischen Einrichtungen Innenstadt und City West durchgeführt. Die Gewinnung von Teilnehmenden erwies sich als äußerst zeitintensiv, da hierfür die persönliche Ansprache unerlässlich ist. Insgesamt wurden 26 Familien erreicht. Von Seiten der Eltern wurde positiv bewertet, dass sie über die Teilnahme die Möglichkeit hatten, nicht nur die Einrichtung und ihre Arbeitsweise, sondern auch die pädagogischen Fachkräfte kennen zu lernen. Die Einrichtungsleitungen begrüßten insbesondere den frühzeitigen Kontakt, der zu den Eltern und Kindern entsteht. Fragen, Sorgen und Erwartungen, die Eltern im Zusammenhang mit dem Eintritt des Kindes in die professionelle Kinderbetreuung sehen, konnten auf diese Weise frühzeitig besprochen werden. Teilweise vorhandene Bedenken gegenüber dem Besuch einer Kindertageseinrichtung lösten sich in der Regel im Verlauf der Kurszeit auf. Das gewonnene Vertrauen erleichterte ggf. auch die Vermittlung in eine benachbarte Einrichtung, sofern das Kind in

der durchführenden Einrichtung nicht angenommen werden konnte. Kritisch muss gesehen werden, dass einige Eltern – trotz der Durchführung einer Kurseinheit zum Anmelde- und Aufnahmeverfahren – zuweilen erwarteten, dass ihr Kind durch die Teilnahme an der Eltern-Kind-Gruppe automatisch eine Platzzusage in der Einrichtung erhält, in der das Angebot durchgeführt wurde. Ausgelöst wurde dieser verständliche Wunsch dadurch, dass sich die Eltern (und Kinder) durch die Teilnahme mit der Einrichtung verbunden fühlten. Diesem Sachverhalt wird in der zweiten Förderphase durch gemeinsam organisierte Besuchstermine bei benachbarten Einrichtungen entgegengewirkt. Die zweite Förderphase läuft noch bis Ende Mai 2013.

Seit dem Jahr 2009 fördert die Stadt Oberhausen das Qualifizierungsprojekt **“Interkulturelle Elternbegleitern/innen in Familienzentren und Kindertageseinrichtungen“** der Katholischen Familienbildungsstätte. Im Rahmen des Projekts werden Eltern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu interkulturellen Elternbegleitern/innen qualifiziert. Nach Abschluss der Qualifizierung sollen sie in den an der Projektumsetzung beteiligten Familienzentren/Kindertageseinrichtungen aktiv werden. Sie sollen insbesondere als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Eltern in Fragen der Erziehung, Bildung und Alltagsbewältigung fungieren. Zudem sollen sie einen Beitrag dazu leisten, Eltern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte miteinander ins Gespräch zu bringen und zu gemeinsamen Aktivitäten zu animieren. Im Rahmen des Projekts wurden bislang insgesamt 18 Frauen zu interkulturellen Elternbegleiterinnen qualifiziert. Am 10.12.2009 haben sechs Frauen ihr Zertifikat über die erfolgreiche Teilnahme erhalten. Zwölf Frauen wurde das Zertifikat am 20.06.2011 überreicht. Der Großteil der Frauen ist in Kindertageseinrichtungen oder Projekten aktiv. Bis Ende des Jahres 2013 sollen die qualifizierten Frauen noch intensiv begleitet (z.B. über die Organisation regelmäßiger Austauschtreffen) werden. Eine weitere Qualifizierungsrunde ist gegenwärtig nicht geplant.

2.1.2 Interkulturelle Jugendarbeit

Im Zeitraum vom 01.10.2008 bis zum 31.07.2011 wurde im Rahmen der interkulturellen Arbeit des Fachbereichs 3-2-30/Kinder, Jugendliche und Familien das Projekt „Interkulturelle Jugendarbeit“ durchgeführt. Von Seiten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden in der Projektlaufzeit Zuwendungen in einer Gesamthöhe von 126.988,00 Euro zur Verfügung gestellt. Die Hauptzielgruppe des Projekts waren Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund, die bislang von institutionellen Unterstützungsangeboten nicht ausreichend erreicht wurden. Im Fokus der Projektarbeit standen Heranwachsende, die in sog. benachteiligten Stadtteilen mit einem hohen Migranten/innenanteil leben. Zu Beginn eines jeden Jahres der Projektlaufzeit hatten alle interessierten Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen die Möglichkeit, Projektanträge an das Jugendamt zu stellen. Insgesamt sind in der Projektlaufzeit fünfzig Einzelprojekte mit folgenden Inhalten durchgeführt worden:

- Kulturarbeit (Tanz, Theater, Musik)
- Berufsorientierung
- Aufsuchende Jugendarbeit
- Medienarbeit
- Sozialtrainings

- Interkultureller Dialog
- Jungen- und Mädchenarbeit
- Sportangebote
- Integrationsbegleitung
- Fortbildung von Multiplikatoren/innen

Auf diese Weise konnten insgesamt ca. 1.950 junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in unterschiedlicher Intensität erreicht und gefördert werden.

Die Einzelprojekte sollten auch dazu beitragen, die interkulturelle Arbeit langfristig als einen elementaren Bestandteil bzw. als Querschnittsaufgabe in der Jugendarbeit (siehe dazu auch: Kinder- und Jugendförderplan 2011 bis 2015 → Drucksache Nr. B/15/1454-01), Jugendsozialarbeit und schulischen Bildungsarbeit zu etablieren. Die regelmäßige Evaluation der Einzelprojekte und der im November 2012 durchgeführte Qualitätsdialog mit allen Jugendeinrichtungen hat gezeigt, dass die Projektarbeit zu einem verbesserten Verständnis gegenüber der interkulturellen Arbeit mit Jugendlichen geführt hat und sich diese zunehmend als Querschnittsaufgabe etabliert hat. Einige der über die BAMF-Zuwendungen geförderten Projekte werden mittlerweile von den Trägern eigenständig finanziert oder durch Maßnahmeförderung weitergeführt.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum seitens des Fachbereichs 3-2-30 zusätzliche Projekte für Jugendlichen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen durchgeführt. Im Fokus standen hierbei Jugendliche aus afrikanischen Ländern wie Kamerun, Ghana, Nigeria und Angola. Diese wurden in enger Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen, weiteren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie dem Theater Oberhausen, der Ludwig Galerie, dem Bereich Sport und Trägern der Jugendhilfe durchgeführt. Neben der Heranführung an kulturelle Einrichtungen der Stadt hatten die Heranwachsenden die Möglichkeit, sich bewusst mit ihrer kulturellen Herkunft und der kulturellen Prägung des Landes, in dem sie leben, auseinander zu setzen und die Arbeitsergebnisse in einem professionellen Rahmen der Öffentlichkeit zu präsentieren.

2.1.3 Offensive Bildung und Integration in Oberhausen

Vorläufer der „Offensive Bildung und Integration in Oberhausen (OBIO)“ waren das Modellprojekt „Erziehungs- und Bildungsoffensive Tackenberg“ und das „Internationale Begegnungszentrum Oberhausen-City (IBO)“. Die Offensive Bildung und Integration wird seit dem Jahr 2009 im Auftrag der Stadt Oberhausen (Jugendamt und soziale Angelegenheiten) durchgeführt. Träger ist „die Kurbel“ - Katholisches Jugendwerk Oberhausen gGmbH.

Im Rahmen der Maßnahme werden u.a. modellhafte Projekte zur Förderung der Bildung und Integration entwickelt und umgesetzt. Das Zentrum für Integration und Bildung (ZIB) ist aufgrund seiner räumlichen Ansiedelung zentraler Ort für die Umsetzung neuer Projekte in der Innenstadt und bietet darüber hinaus feste Regelangebote an. Die Gesamtkoordination obliegt einer pädagogischen Fachkraft mit Zuwanderungsgeschichte. Das Team des ZIB setzt sich gemischt-geschlechtlich zusammen. Auch die beiden sozialpädagogischen Fachkräfte haben einen Migrationshintergrund. Der Stundenumfang der drei Fachkräfte beträgt jeweils fünfzig Prozent einer Vollzeitstelle.

Der folgende Überblick der Aktivitäten ist fokussiert auf die Jahre 2010 und 2011:

Stadtteilkoordination Tackenberg

Die Stadtteilkoordination Tackenberg - als ein Aufgabenschwerpunkt von OBIO - umfasst neben der Moderation des Sozialraumgremiums Tackenberg auch die Koordination der Bearbeitung des sog. Jahresthemas. In den Jahren 2010 und 2011 wurde das Jahresthema "Tackenberger Leselust" behandelt. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse Kindergesundheitsberichts hat sich das Sozialraumgremium im Jahr 2012 für das Jahresthema "Tackenberg spricht" entschieden. Seither wird das Thema rund um Sprache auf kreative und künstlerische Weise angegangen.

Projektentwicklung und -umsetzung:

Gemeinschaftlich mit dem Regionalteam Jugendhilfe Mitte/Styrum wurde das Projekt „Freiraum“ entwickelt, um einen Ort für Kontakt, Austausch, Bildung, Bewegung und Gesundheit zu schaffen. Im Rahmen der Umsetzung wurden bereits ausgebildete Mediatorinnen eingesetzt. Das Projekt wurde aus Präventionsmitteln des Regionalteams finanziert. Ferner wurde in Kooperation mit dem Familienzentrums Rechenacker und der Landwehrscheule ein Kochprojekt für die Kindergarten- und Grundschulkindern unter Einbindung von interkulturellen Mediatorinnen entwickelt und umgesetzt. Auch die Entwicklung/Umsetzung von Projekten zur Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ist Bestandteil des Aufgabengebiets der Gesamtkoordination. Im Berichtszeitraum wurde das Qualifizierungsprojekt "Interkulturelle Gesundheitsmediatorin" konzipiert und dessen Umsetzungsprozess koordiniert (siehe dazu Punkt 2.2).

Zentrum für Integration und Bildung (ZIB)

Das Zentrum für Integration und Bildung (ZIB) wurde am 07.09.2007 unter dem damaligen Namen Internationales Begegnungszentrum Oberhausen (IBO) eröffnet und ist seither räumlich in der Innenstadt angesiedelt. Mit der Umbenennung hat sich auch der Aufgabenschwerpunkt verlagert. Stand im IBO die Begegnung im Vordergrund, so ist im ZIB jetzt der Fokus auf Bildung gerichtet. Seit Oktober 2010 befinden sich die Räume an der Lothringer Straße in unmittelbarer Nähe zur Brüder-Grimm-Schule.

Ein wesentlicher Baustein in der Angebotspalette der Einrichtung ist die Durchführung möglichst niederschwelliger Bildungs- und Beratungsangebote für junge Menschen und Eltern beiderlei Geschlechts. Ein besonderes Augenmerk liegt in diesem Zusammenhang auf Familien und Personen mit Zuwanderungsgeschichte. Dabei wird der starken multikulturellen Prägung des Stadtteils ebenso Rechnung getragen wie der Tatsache, dass ein großer Teil der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen ist.

Folgende Angebote haben sich mittlerweile fest etabliert:

- **Sozialpädagogische Hausaufgabenhilfe** (Mo-Do von 14:30 bis 16:00 Uhr): Im Rahmen dieses Angebots werden in kleinen Gruppen Hausaufgaben bearbeitet und soziale Verhaltensweisen gefördert. Die Betreuung von Seiten des hauptamtlichen Mitarbeiters wird von einer

ehrenamtliche Lehrerin sowie einer Honorarkraft flankiert. Auch ein intensiver Kontakt mit den Eltern wird gepflegt. Im Jahr 2012 waren 18 Schülerinnen und Schüler angemeldet. Regelmäßig nahmen 14 junge Menschen das Angebot in Anspruch.

- **Mittagstisch für Kinder** (Mo-Do von 14:00 bis 14.30 Uhr): Im Rahmen der sozialpädagogischen Hausaufgabenhilfe wird in der Regel mit den anwesenden Heranwachsenden zuvor ein einfaches Mittagessen eingenommen. Dabei wird besonderer Wert auf eine geregelte Tischkultur mit der Einhaltung grundlegender Gruppenregeln sowie eine bewusste und gesunde Ernährung gelegt.
- **Beratungssprechstunde für Eltern** (Mo-Do von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr): Die Fachkräfte stehen als Ansprechpersonen für Erziehungsfragen und allgemeine soziale Angelegenheiten zur Verfügung. Bei Bedarf findet eine Vermittlung zu Experten/innen oder originär zuständige Stellen statt. Im Einzelfall wird auch Übersetzungshilfe geleistet.
- **Nachbarschaftscafé** (Mi von 09:00 bis 12:00 Uhr): Das Nachbarschaftscafé ist ein offenes und niederschwelliges Beratungsangebot für die Menschen im Stadtteil. Es wird zumeist von Frauen genutzt. Die mitgebrachten (Klein-)Kinder werden parallel betreut. Im Jahr 2012 nutzten im Durchschnitt 15 Frauen pro Woche diese Angebotsform.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum eine Reihe befristeter Projekte durchgeführt (wie z.B. das Kulturprojekt "Rap around the World") und in Kooperation mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern Ferienangebote unterbreitet. Ein Teil der von der Koordinatorin der Offensive Bildung und Integration entwickelten Projekte (wie z.B. das Projekt "Freiraum") wurden in den Räumlichkeiten des ZIB und in Kooperation mit dem Team durchgeführt.

2.1.4 Integrationsförderung im schulischen Kontext

Der Bereich 2-6/Regionale Arbeitsstelle Zuwanderung (RAA) führt mit seinen Kooperationspartnern/innen seit über 30 Jahren **Silentien**¹ an folgenden Standorten durch:

| Standort | Kooperationspartner/in | Schüleranzahl |
|----------------------|------------------------------------|---------------|
| Falkentreff | SJD Die Falken | ca. 80 |
| Wohnheim Weierstraße | Kinder- und Kulturkreis Oberhausen | ca. 20 |
| Robert-Koch-Schule | Robert-Koch-Schule | ca. 20 |

¹ Unter einem Silentium versteht man eine qualifizierte Hausaufgabenbetreuung, meist mit einer gezielten Aufarbeitung von Lernschwächen und manchmal auch mit zusätzlichen erzieherischen Intentionen.

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses zur Umsetzung des Kommunalen Integrationskonzepts vom 22.10.2007 konnte das bestehende Angebot zu Beginn des Jahres 2008 wie folgt ausgeweitet werden:

| Standort | Kooperationspartner/in | Schüleranzahl |
|-----------------------------|-----------------------------|---------------|
| Käthe-Kollwitz-Berufskolleg | Käthe-Kollwitz-Berufskolleg | ca. 20 |
| Stötznerschule | Caritasverband | ca. 15 |
| Brüder-Grimm-Schule | Diakonisches Werk | ca. 20 |
| Gesamtschule Osterfeld | Gesamtschule Osterfeld | ca. 10 |
| Herderschule | Herderschule | ca. 20 |
| Alsfeldschule | Alsfeldschule | ca. 15 |

Durch diese Maßnahme werden seit dem Jahr 2008 jährlich insgesamt ca. 220 junge Menschen erreicht und gefördert. Die Hausaufgabenbetreuung findet während der Schulzeit in der Regel von Montag bis Donnerstag im Umfang von zwei Stunden statt.

Bis zum Ende Jahres 2011 wurden im Berichtszeitraum von Seiten der RAA Sprachförderkurse im Schuleingangsbereich an ausgewählten Grundschulen durchgeführt. Im März 2012 startete eine Pilotmaßnahme der RAA auf der Grundlage des Sprachförderungskonzepts **„Deutsch für den Schulstart – ein Angebot im Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule“** an den folgenden Grundschulen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund:

- St. Martin Schule,
- Brüder-Grimm-Schule,
- Dietrich-Bonhoeffer-Schule und
- Emscherschule.

Das Konzept wurde an der Universität Heidelberg entwickelt und richtet sich an Kinder aus Migranten/innenfamilien und an Kinder ohne Migrationshintergrund im Alter von 4 bis 8 Jahren mit einem pädagogischen Förderbedarf in der deutschen Sprache. Das Programm beruht auf den aktuellen Erkenntnissen der Spracherwerbsforschung/Sprachdidaktik und verfolgt eine systematische und aufbauende Förderung. Die aktive Einbeziehung der Eltern ist ein wesentlicher Bestandteil des Konzepts. Gegenwärtig werden 41 Kinder in jeweils 2 Gruppen an den o.g. Grundschulen ergänzend gefördert. 32 Kinder wurden bereits schon 4 Monate vor Einschulung mit der Vorschulversion in ihrer Sprachentwicklung unterstützt. Auf der Grundlage der Zwischendiagnostik und Reflexionsgespräche kann zusammenfassend festgehalten, dass bei allen Kindern eine deutliche Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen zu beobachten ist. So hat sich der Wortschatz, der Satzbau, grammatikalische Grundlagen und der Umgang mit Texten erheblich erweitert und verfestigt. Die positive Sprachentwicklung steht in engem Zusammenhang mit verstärkter Sprechfreude und einem erhöhten Selbstbewusstsein. Die Pilotmaßnahme läuft noch bis Ende des Schuljahres 2012/13. Im April 2013 wird eine 2-tägige Fortbildung für interessierte pädagogische Fachkräfte angeboten.

Seit dem 01.11.2011 führt der Kinder- und Kulturkreis Oberhausen e.V. im Auftrag der Stadt Oberhausen (Bereich 0-4/Büro für Chancengleichheit) das Projekt „**Förderung der Sprachkompetenz von Flüchtlingskindern und deren Eltern zur Schulvorbereitung**“ durch. Hauptzielgruppe der Projektarbeit sind Flüchtlingskinder im Vorschulalter und deren Eltern ohne bzw. sehr geringen Deutschkenntnissen, die keinen Zugang zu herkömmlichen Sprachförderungsmaßnahmen haben. In der ersten Förderphase wurden sieben Kinder und 16 Erwachsene/Eltern erreicht. Die Maßnahmenevaluation erfolgt auf der Grundlage der Dokumentation der regelmäßigen Teilnahme (quantitativ) und individueller Entwicklungsberichte der Sprachförderkräfte (qualitativ). Die zweite Förderphase endet am 31.07.2013. Eine Weiterfinanzierung der Maßnahme ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgesichert.

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 22.10.2007 zur Umsetzung des Kommunalen Integrationskonzepts Oberhausen konnte die **Schulsozialarbeit** an den Oberhausener Schulen Anfang 2008 durch die Einrichtung zweier zusätzlicher Stellen (Hans-Sachs-Berufskolleg und Grundschulverbund Oberhausen-Innenstadt) weiter ausgebaut werden. Maßnahmenträger ist die Arbeiterwohlfahrt Oberhausen e.V.. Im Zuge der Umsetzung der Bildungs- und Teilhabepakets konnte eine weitere (zeitlich befristete) Aufstockung des Kontingents an Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern realisiert werden (→ Drucksache Nr. B/15/1442-01).

Für das Jahr 2013 ist die Durchführung einer Workshopreihe zum Thema „**Interkulturelle Schule**“ geplant, die wissenschaftlich begleitet wird. Im Rahmen der Workshopreihe sollen unter Einbeziehung von Schulleitungen, der Schulverwaltung und weiteren relevanten Akteurinnen und Akteuren interkulturellen Standards für den Grundschulbereich (einschließlich des Offenen Ganztags) entwickelt werden. Auf diese Weise soll sowohl den Anforderungen des Kommunalen Integrationskonzepts als auch dem vom Rat am 17.10.2011 beschlossenen Begleitantrags zum Schulentwicklungsplan 2011-2015 (Drucksache Nr. A/15/1627-01) Rechnung getragen werden. Das Vorhaben wurde bereits auf der 3. Bildungskonferenz am 27.11.2012 vorgestellt und von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der entsprechen Arbeitsgruppe ausdrücklich befürwortet.

2.1.5 Niederschwellige Frauensprachkurse

Die VHS Oberhausen führt seit dem Jahr 2005 als durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anerkannter Träger Integrationskurse durch. Für Frauen, die noch keinen originären Integrationskurs begonnen haben, einen auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus besitzen und über keine in Deutschland abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung verfügen, wird die Durchführung niederschwelliger Seminarmaßnahmen seitens des BAMF angestrebt. Diese sog. **Frauen- bzw. Mütterkurse** sollen in einem vertrauten Kursort (beispielsweise Kindergarten oder Schule) angeboten werden, in einem ersten Schritt einfache Sprachkenntnisse vermitteln und Mütter insgesamt in ihrer Erziehungskompetenz fördern. Die Einrichtung einer begleitenden Kinderbetreuung ist nach den Förderrichtlinien des BAMF grundsätzlich möglich. Die Teilnehmerinnen haben zunächst Anspruch auf 900 Unterrichtsstunden, bei eventuellem Nichtbestehen der Prüfung besteht ein Anspruch auf weitere 300 Unterrichtsstunden.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Maßnahmen realisiert:

- Im April 2008 startete der erste Kurs mit 14 Frauen in der Adolf-Feld-Grundschule. 9 Teilnehmerinnen absolvierten 2010 erfolgreich die Prüfung „Deutschtest für Zuwanderer“. Der Kurs fand mit einer begleitenden Kinderbetreuung statt.
- Oktober 2008 startete ein Kurs mit 15 Frauen im Kindergarten emek in Osterfeld. Der Kurs musste im März 2009 nach der Durchführung der Grundstufe II. eingestellt werden, da die Kinderbetreuung räumlich nicht gewährleistet werden konnte.
- Im Mai 2011 startete ein weiterer Kurs mit 16 Frauen im Kindergarten emek. Die Teilnehmerinnen werden im April 2013 die Prüfung „Deutschtest für Zuwanderer“ absolvieren. Der Kurs findet mit einer begleitenden Kinderbetreuung statt.
- Im Mai 2012 startete ein Kurs mit 9 Frauen im Kulturzentrum Altenberg. Der Kurs findet mit begleitender Kinderbetreuung statt. Die Teilnehmerinnen haben bisher über 400 Unterrichtsstunden absolviert.

Ab September 2013 ist ein weiterer Frauenkurs in den Räumen der Anne-Frank-Realschule geplant. Gespräche mit interessierten Frauen und der Schulleitung haben bereits stattgefunden.

Der Projektverlauf zeigt, dass Teilnehmerinnen, die nur schwer für eine Teilnahme an herkömmlichen Angeboten der Bildungsträger zu gewinnen sind, mit Erfolg angesprochen werden, sofern die erforderlichen Rahmenbedingungen erfüllt sind. In diesem Zusammenhang sind die Nutzung wohnumfeldnaher Kursräume und die Sicherstellung der Kinderbetreuung von zentraler Bedeutung. Außerdem ermöglicht die finanzielle Beteiligung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in der Regel eine nahezu vollständige Freistellung von Teilnahmegebühren. Allerdings sind in den letzten Jahren die Bedingungen für die finanzielle Beteiligung an der Kinderbetreuung so verändert worden, dass eine Förderung durch das Bundesamt kaum noch möglich ist. Aus diesem Grund muss zur Finanzierung der Kinderbetreuung zunehmend auf kommunalen Mittel zurückgegriffen werden, die seit dem Ratsbeschlusses vom 22.10.2007 kontinuierlich für die Sicherstellung Projektkoordination (Akquise von Teilnehmerinnen, Stellung der Anträge der Teilnehmerinnen an das BAMF, Auswahl und Gestellung geeigneter Kursleiter/innen usw.) zur Verfügung gestellt werden. Diese Entwicklung schränkt den Handlungsspielraum für eine Intensivierung bzw. Ausweitung der Projektarbeit ein.

2.2 Gesundheit und Soziales

Der **Bereich 3-4/Gesundheitswesen** verfolgt im Einklang mit den Leitzielen des Kommunalen Integrationskonzepts die Zielsetzung, die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterschaft zu fördern, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen und die Angebote so zu gestalten, dass alle Bevölkerungsgruppen bedarfsgerecht und effektiv versorgt werden.

Um diese übergeordnete Zielsetzung zu erreichen, sind beispielsweise alle Mitarbeiterinnen des Fachbereiches Kinder- und Jugendgesundheitsdienst mittlerweile in einer mehrtägigen Trainingsmaßnahme „**Interkulturelle Kommunikation**“ geschult worden, die durch die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Oberhausen durchgeführt wurde. Des Weiteren verfügen

mittlerweile einige Fachbereiche durch die vermehrte Einstellung von **Personal mit Migrationshintergrund** über ein beachtliches Sprachspektrum, was hilft, interkulturelle Missverständnisse durch Sprach- und Kommunikationsprobleme zu vermeiden. Als Beispiel sei hier die Diagnostik von Sprachstörungen genannt, die durch eine Logopädin in türkischer Sprache durchgeführt werden kann. Auch die Beratung türkisch sprechender Erziehungsberechtigter zum Thema Sprachförderung kann mittlerweile im Bedarfsfall auch muttersprachlich erfolgen.

In den Jahren 2010 und 2011 war der Bereich Gesundheitswesen im Rahmen einer interkommunalen Kooperation mit den Städten Bochum, Essen, Mülheim a. d. Ruhr und dem Kreis Recklinghausen an dem **KOMM-IN NRW-Projekt** „Schritte zur Verbesserung der Gesundheit und Entwicklung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte“ beteiligt. Im Projekt wurde eine systematische Bestandsaufnahme und profunde Analyse der Gesundheit und Entwicklung von Kindern im Ruhrgebiet, insbesondere von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte, geleistet. Auf diese Weise konnte Transparenz über entsprechende Bedarfslagen hergestellt werden. Des Weiteren wurde ein interkommunaler Erfahrungsaustausch über die Nutzung der Schuleingangsuntersuchung – insbesondere mit Blick auf Kinder mit Migrationshintergrund – organisiert. Auf diese Weise konnten die beteiligten Kommunen voneinander lernen und abgestimmte Beobachtungs- und Handlungsansätze entwickeln.

Im Rahmen der Erstellung des **Kindergesundheitsbericht 2011** wurde der Lebenssituation von Kindern mit Migrationshintergrund besondere Beachtung geschenkt (→ siehe Drucksache Nr. M/15/1810-01). Der Bericht hat verdeutlicht, dass die gesundheitliche Lage von Kindern von den sozialen Rahmenbedingungen, in denen sie aufwachsen, maßgeblich beeinflusst wird. Insbesondere Kinder von Alleinerziehenden, aus kinderreichen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund leben häufiger in benachteiligten sozialen Verhältnissen. Dabei ist jedoch nicht primär der Familientyp bzw. kulturelle Hintergrund ausschlaggebend, sondern vielmehr die Tatsache, welchen Bildungsstatus die Erziehungsberechtigten aufweisen. Bei Kindern mit Migrationshintergrund wurden im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung fast durchgehend häufiger Entwicklungsauffälligkeiten oder höhere Befundanteile diagnostiziert als bei Kindern ohne Migrationshintergrund. Ausnahmen stellen lediglich der Impfstatus und das Auftreten von Allergien dar. Als besonders deutlicher Einflussfaktor erwies sich die Dauer des Besuchs einer Kindertageseinrichtung. Der Besuch einer Kindertageseinrichtung, insbesondere ab einer Besuchsdauer von mindestens zwei Jahren, kann Fehlentwicklungen und das frühzeitige Erkennen von Auffälligkeiten deutlich positiv beeinflussen. Vor allem bei der Unterscheidung nach Migrationshintergrund und Besuchsdauer wurden deutliche Zusammenhänge zu den Ergebnissen für die jeweiligen Gruppen in den einzelnen Untersuchungsbereichen sichtbar.

Gesundheitsinformationen und Gesundheitsaufklärung:

Im Jahr 2010 hat der Bereich Gesundheitswesen ein **Ärzteverzeichnis** herausgegeben, das einen guten Überblick über die sprachlichen Kompetenzen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in Oberhausen bietet. Es ermöglicht im Bedarfsfall mithilfe eines Registers das rasche Auffinden der Arztpraxis, die nach Fachdisziplin, Sprachkompetenz und Standort den jeweiligen Hilfesuchenden am

geeignetsten versorgen kann. Die Herausgabe einer erweiterten Neuauflage ist für das laufende Jahr geplant.

Mittlerweile werden zu häufig auftretenden Erkrankungen **Informationsmaterialien und Broschüren** mehrsprachig herausgegeben. Bei Bedarf werden Anlass bezogene Informationen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung, wie das beispielsweise während der letzten Influenza-Pandemie der Fall war, auch kurzfristig fremdsprachig angeboten.

Gesundheitsprävention:

Bei **Veranstaltungen zur Gesundheitsprävention** wird kontinuierlich angestrebt, die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der 2010 vom Arbeitskreis Kindergesundheit der Gesundheitskonferenz unter Einbeziehung von interkulturellen Gesundheitsmediatorinnen durchgeführte Kindergesundheitstag unter dem Motto „Meinem Kind zuliebe...“ in der Gesamtschule Osterfeld. Ein Ziel des Kindergesundheitstages war es, die existierenden, vielfältigen Angebote und Projekte zur Kindergesundheit in Oberhausen einem großen Publikum – vor allem auch Migrantinnen und Migranten – vorzustellen. Dies ist besonders dadurch gelungen, dass die Bewerbung und die Durchführung des Kindergesundheitstages fast durchgängig mehrsprachig war.

Seit einigen Jahren organisiert der Arbeitskreis Gesundheitsförderung der Gesundheitskonferenz in Kooperation mit den Oberhausener Krankenhäusern und Krankenkassen **Aktionsstände zur Früherkennung**. Die einzelnen Veranstaltungen werden in den Sozialräumen Mitte, Lirich, Osterfeld und Sterkrade durchgeführt. Ziel ist es, die Motivation und Akzeptanz zur Teilnahme an den Früherkennungs-untersuchungen – besonders auch bei Menschen mit Migrationshintergrund – zu erhöhen. Deshalb wird bei der Besetzung der Stände mit Fachpersonal sehr auf die Mehrsprachigkeit geachtet.

Seit 2011 bietet der Bereich Gesundheitswesen mit der AIDS-Hilfe Oberhausen und in Kooperation mit dem Verein Solwodi in unregelmäßigen Abständen **HIV-Schnelltests auf der Flaßhofstraße** an. Vorrangiges Ziel ist es, besonders die vulnerable (emotional verwundbare) Zielgruppe der Prostituierten mit Migrationshintergrund zu erreichen. Durch das Instrument „Schnell-Test“ soll ein Anstoß geliefert werden, dass HIV-Risiken und Schutzstrategien wieder vermehrt in der Szene thematisiert werden.

Gesundheitsförderung:

„Die Kurbel“ - Katholisches Jugendwerk Oberhausen gGmbH hat im Jahr 2008 in Kooperation mit dem Bereich Gesundheitswesen erstmalig eine einjährige **Qualifizierungsmaßnahme zur „Interkulturellen Gesundheitsmediatorin“** zum Abschluss gebracht. An dieser Maßnahme beteiligten sich erfolgreich insgesamt 13 Frauen (12 mit türkischem und 1 mit russischem Migrationshintergrund). Nahezu alle Frauen arbeiten mittlerweile in diversen Projekten unterschiedlichster Institutionen auf Honorarbasis. Im Jahr 2012 hat „die Kurbel“ - Katholisches Jugendwerk Oberhausen gGmbH erneut eine entsprechende Qualifizierungsmaßnahme im Auftrag der Stadt Oberhausen (Büro für Chancengleichheit) durchgeführt. Im Dezember 2012 endete die

Qualifizierung mit der offiziellen Übergabe der Zertifikate an 20 interkulturelle Gesundheitsmediatorinnen und erstmalig einen interkulturellen Gesundheitsmediator. Bei der Durchführung dieser Maßnahme ist es erfolgreich gelungen, die Vielfalt der Oberhausener Stadtgesellschaft im Teilnehmer/innenkreis abzubilden. Die 21 Teilnehmenden stammen aus 14 unterschiedlichen Herkunftsländern.

Die gesunde Entwicklung von Kindern zu fördern ist u.a. eine Aufgabe der Kindertageseinrichtungen/Familienzentren. Wie wichtig hierfür ausreichende Bewegung und ausgewogene Ernährung sind, ist mittlerweile fachlicher Konsens. Nach Erkenntnissen aus dem Kindergesundheitsbericht 2011 sind ca. 12 % der Kinder aus Migrationsfamilien übergewichtig. Gerade Jungen sind in besonderem Maße von Übergewicht betroffen. Gleichzeitig kann eine Zunahme von Bewegungsauffälligkeiten bei Kindern verzeichnet werden. Um dem entgegenzuwirken, hat der Bereich Gesundheitswesen das Projekt **„Interkulturelle Gesundheitsförderung – Bewegt und gesund ins Leben!“** entwickelt. Das Projekt wird mittlerweile seit März 2009 in den Sozialräumen Oberhausen-Ost, Mitte/Styrum und Alstaden/Lirich durchgeführt. Die praktische Umsetzung des Projektes gewährleisten interkulturelle Gesundheitsmediatorinnen und Übungsleiterinnen, die Eltern-Kind-Vormittage zur Bewegungsförderung und gesunden Ernährung in Kindertageseinrichtungen anbieten. Zielgruppe sind 3-6-jährige Kinder aus sozial benachteiligten Familien und/oder mit Migrationshintergrund und ihre Eltern. Ziel ist es, die Bausteine ausgewogener Ernährung zu vermitteln, praktische Bewegungserfahrungen zu sammeln und die Motivation zu wecken, gelerntes im Alltag umzusetzen. Durch diese Maßnahme werden pro Jahr ca. 100 Kinder und 40 Eltern erreicht. Für das Jahr 2013 ist ein neues **Fortbildungsprojekt** geplant, welches Erzieherinnen und Erzieher aus Kindertageseinrichtungen/Familienzentren zu „Ernährungstrainern/innen der gesunden interkulturellen Küche“ ausbildet. Mithilfe einer Oecotrophologin türkischer Herkunft wird gegenwärtig ein geeignetes Fortbildungskonzept entwickelt.

Mit Beginn des Schuljahres 2008/2009 wurde das interkulturell ausgerichtete Gesundheitsprojekt **„GUT DRAUF-Mobil unterwegs an Grundschulen“**, welches die RUHRWERKSTATT Kultur-Arbeit im Revier e.V. unter Mitarbeit der Gesundheitsplanung konzipiert hat, durchgeführt. Das GUT DRAUF-Mobil war bis zum 31.07.2011 an ausgewählten Grundschulen der Sozialräume Innenstadt und Lirich (Emscherschule, Brüder-Grimm-Schule, Sankt-Martin-Schule, Josefschule und Katharinenschule) aktiv. Das Projekt wurde von der Stiftung Wohlfahrtspflege gefördert. Die Stadt Oberhausen unterstützte die Durchführung des Modellprojekts zur Förderung der Kindergesundheit auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 22.10.2007 mit einer Zuwendung in Höhe von insgesamt 40.000 Euro. Ziel war es, an den ausgewählten Grundschulen modellhaft eine ganzheitliche Gesundheitsförderung mit den Schwerpunkten Bewegung, Ernährung und Entspannung nach dem salutogenetischen Modell² zu etablieren. Die Abschlussevaluation hat gezeigt, dass der gewählte Handlungsansatz insgesamt als erfolgsversprechend einzustufen ist. Zugleich wurde aber auch deutlich, dass eine nachhaltige Etablierung im Schulalltag ohne eine kontinuierliche „externe“ Begleitung und Unterstützung nur bedingt zu realisieren ist. Mangels einer gesicherten Finanzierung konnte dieser Handlungsansatz bis zum heutigen Zeitpunkt nicht weiter ausgebaut werden.

² Im Modell der „Salutogenese“ wird bestätigt, dass eine konstruktive Auseinandersetzung mit Stressfaktoren durch körperliche, soziale oder psychische Ressourcen (z.B. Immunsystem, personelle Unterstützung, Intelligenz) dazu beiträgt, dass manche Menschen gesund bleiben, während andere erkranken.

Bis Anfang 2010 wurden vom Bereich Gesundheitswesen mit Unterstützung einer Ernährungsberaterin mit türkischem Migrationshintergrund im Rahmen eines **interkulturellen Ernährungsprojekts** jährlich mehrere eintägige Koch-Workshops in verschiedenen Sozialräumen durchgeführt. Ziel war die Vermittlung von Grundlagen einer gesunden Ernährung unter Berücksichtigung interkultureller Aspekte. Neben der Herstellung gesunder Speisen, wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vermittelt, wie sich Familien unter Beibehaltung bisheriger Einkaufsbedingungen durch gezielte Auswahl von Lebensmitteln gesund ernähren können. Insgesamt konnten ca. 260 Personen erreicht werden. Leider konnte das Projekt mangels einer sicheren finanziellen Perspektive nicht fortgeführt werden.

Eine ähnliche Entwicklung nahm das interkulturelle Gesundheitsprojekt **„Sturzprävention im Alter“**. Durch Angebote der Gesundheits- und Bewegungsförderung (Balance-, Kraft- und Bewegungstraining) wurden Fertigkeiten vermittelt, sturzbedingte Verletzungen zu vermeiden, um somit Gesundheit, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit im Alter möglichst lange zu erhalten. Auch in diesem Fall konnte die Maßnahme mangels gesicherter Finanzierung ab Beginn des Jahres 2010 nicht fortgeführt werden. Insgesamt wurden durch diese Maßnahme ca. 200 ältere Menschen erreicht.

Im Bereich der **Altenhilfe/Seniorenarbeit** lag der Schwerpunkt der Aktivitäten im Berichtszeitraum in der Entwicklung und Implementierung von niederschweligen, im Lebensumfeld der Zielgruppe verankerten, Angebotsformen:

Seit dem Jahr 2008 werden kontinuierlich **Beratungs- und Informationsveranstaltungen für ältere Migranten/innen zum Thema „Leben im Alter“** durchgeführt. Durch gezielte Veranstaltungen, organisiert an bekannten und vertrauten Orten (wie z.B. Moscheevereinen), wird die Zielgruppe der älteren Menschen mit Migrationshintergrund und deren Angehörige angesprochen und über altersrelevante Themenstellungen sowie die Unterstützungsangebote in Oberhausen informiert. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 57 Veranstaltungen realisiert. Im Mittelpunkt standen dabei u.a. die Themen „Diabetes“, „Wohnen im Alter“, „Pflegeversicherung“, „Altersdepression“ und „Herzkrankheiten“. Durch die enge Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen, die Wahl der Veranstaltungsorte sowie den Einsatz muttersprachlicher Multiplikatorinnen und Multiplikatoren konnte eine erfolgreiche Ansprache der Zielgruppe erreicht werden. Im Durchschnitt besuchten 20-25 Personen die einzelnen Veranstaltungen. Seit dem Jahr 2012 werden die Beratungs- und Informationsveranstaltungen im Auftrag der Stadt Oberhausen (Büro für Chancengleichheit) durch den Verein pro wohnen international e.V. organisiert und durchgeführt. Im Jahr 2013 wird der thematische Schwerpunkt der Beratungs- und Informationsveranstaltungen auf dem Thema „Demenz“ liegen.

Darüber hinaus führt der Bereich O-4/Büro für Chancengleichheit das Projekt **„SIM – Senioren im Mittelpunkt“** federführend durch. Zur Verbesserung des Informationsangebotes stehen seit dem Jahr 2010 13 ehrenamtliche Beraterinnen als erste Ansprechpersonen für Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung. Durch verschiedene Schulungen z.B. zu den Themen „Erste Hilfe“, „Kommunikationstraining mit Behörden“, „Seniorenicherheitsthemen“, „Hospizarbeit“, „Wohnberatung“ usw. wurden die Ehrenamtlichen zu Seniorenberaterinnen qualifiziert. Die Beraterinnen mit zumeist türkischem Migrationshintergrund können vor Ort im vertrauten Umfeld wie z.B. Vereinen oder Moscheen erreicht werden. Auf diese Weise können passgenaue Angebote

gesucht und vermittelt werden. Die intensive Öffentlichkeitsarbeit (Teilnahme an Seniorenmessen, Stadtteilstunden, Festen in den Moscheen/ Vereinen usw.) hat zur Steigerung der Akzeptanz der Seniorenberaterinnen beigetragen. Im Jahr 2012 wurde im Rahmen des Projekts ein häuslicher Unterstützungsdienst für demenziell erkrankte Menschen mit Migrationshintergrund und deren Angehörige etabliert. Auf diese Weise konnte eine zentrale Angebotslücke im Unterstützungssystem für diese Zielgruppe geschlossen werden. Die Einrichtung des Betreuungsdienstes und die Durchführung der entsprechenden Schulung wurde in Kooperation mit dem Demenz-Servicezentrum - Region Westliches Ruhrgebiet, dem Landesverband der Alzheimer Gesellschaften NRW e. V und dem Verein pro wohnen international e.V. realisiert. Der Unterstützungsdienst ist Mitglied im „Netzwerk Demenz Oberhausen“. Im Jahr 2013 steht der Aufbau eines Demenzcafés für Angehörige demenziell erkrankter Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Weiterentwicklung des häuslichen Unterstützungsdienstes im Mittelpunkt der Arbeit.

Auf der Grundlage des Handlungsauftrags des Rats vom 22.10.2007 wurde das (Planungs-)Projekt „Überprüfung und Weiterentwicklung der altersspezifischen Infrastruktur für Migranten/innen in Oberhausen“ realisiert. In diesem Zusammenhang wurde u.a. in Kooperation mit Studierenden der Universität Duisburg-Essen eine **Befragung älterer Menschen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte** konzipiert und durchgeführt. Der Ergebnisbericht (→ siehe Drucksache Nr. M/15/0330-01) verdeutlichte u.a. abermals – exemplarisch an einer Teilgruppe – den hohen Informationsbedarf auf Seiten der älteren Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Um diesem Informationsbedarf gerecht zu werden, erprobt der Fachbereich 3-2-20/ Ältere Menschen, Pflegebedürftige und behinderte Menschen ein dezentrales **Beratungsangebot für ältere Migranten/innen auf Stadtteilebene**. Mit der Durchführung der Maßnahme wurde der Verein pro wohnen international e.V. beauftragt. Die Beratung erfolgt seit Beginn des Jahres 2012 an drei verschiedenen Standorten im Stadtgebiet (Technisches Rathaus für Sterkrade, Bürgerbüro Wohnpark Bebelstraße für Alt-Oberhausen, Vereinsräumlichkeiten von pro wohnen international e.V. für Osterfeld) jeweils in einem Umfang von 3 Stunden pro Woche. Die Mitarbeiterinnen sind in ihrer muttersprachlichen Community als vertrauenswürdig bekannt und durch Qualifizierungsmaßnahmen in den relevanten Themengebieten geschult. Die Beratung erfolgt muttersprachlich und berücksichtigt kultursensible Aspekte. Im Rahmen der Beratung werden Anliegen aufgenommen, Bedarfe abgeklärt und Informationen zu den Bereichen Pflege, Gesundheitsversorgung und Teilhabe an der Gesellschaft im Sinne des § 71 SGB XII vermittelt. Auf Wunsch findet eine Kontaktvermittlung und Weiterleitung an Einrichtungen und Dienste der Regelversorgung statt. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 184 Beratungsgespräche durchgeführt. Viele dieser Beratungen hatten zusätzlich Kontakte zu weiteren relevanten Stellen zur Folge. Obwohl die Beraterinnen überwiegend türkischsprachig arbeiten, haben auch viele Migrantinnen und Migranten, die aus anderen Herkunftsländern stammen, das Angebot im ersten Jahr genutzt. Die Maßnahme wird im Jahr 2013 fortgeführt.

Auch in der **Öffentlichkeitsarbeit** des Fachbereichs 3-2-30/Ältere Menschen, Pflegebedürftige und behinderte Menschen wird den Belangen von älteren Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt Rechnung getragen. So wird z.B. die Wohnberatung zur Sicherung des Verbleibs in der eigenen Häuslichkeit mittlerweile auch mit einem mehrsprachigen Flyer beworben und bekannt gemacht.

2.3 Ausbildung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Eine detaillierte Analyse der **integrationspolitischen Aktivitäten des Jobcenters Oberhausen** rückwirkend bis 2008 ist auf Grund einer Datenumstellung im SGB II- Controlling nur eingeschränkt möglich. Zum 01.01.2011 wurden die Kennzahlen nach § 48a SGB II eingeführt, Controlling-Daten vor diesem Zeitpunkt liegen nicht mehr vor. Zudem ist zu beachten, dass die entsprechenden Daten bundesweit nur differenziert nach der Staatsangehörigkeit vorliegen, eine Auswertung nach dem Merkmal „Migrationshintergrund“ ist daher nicht möglich. Zur Darstellung und Erfassung des Fördervolumens erfolgt ein Rückgriff auf die Eingliederungsbilanzen der Jahre 2008 bis 2012 der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen sind Bestandteil der arbeitsmarktlichen Förderinstrumente des SGB II.³ Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit haben grundsätzlich Zugang zu allen Maßnahmen, wenn die Zugangsvoraussetzungen vorliegen und eine positive Einschätzung zum Maßnahmenenerfolg vorliegt:

- Deutschsprachkurse
- Arbeitsgelegenheiten
- Maßnahmen nach § 45 (vorher § 46) SGB II zur Aktivierung, Stabilisierung und Orientierung
- Förderung der beruflichen Weiterbildung
- Umschulungen mit qualifizierendem Abschluss
- Eingliederungszuschüsse für Arbeitgeber bei Arbeitsaufnahme
- Einstiegsgeld (Förderung bei Selbständigkeit und bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung)
- Maßnahmen beim Arbeitgeber
- Vermittlungsgutscheine
- Förderung der Berufsausbildung (ausbildungsbegleitende Hilfen,
- Berufsausbildung, und Einstiegsqualifizierung)
- Schuldnerberatung, Suchtberatung und psychosoziale Betreuung

³ Aufgelistet sind nur Maßnahmen mit einer längeren Dauer und einem relevanten Fördervolumen. Die Gewährung von z. B. Fahrtkosten im Rahmen des Vermittlungsbudgets wird nicht dargestellt.

Der Anteil an Ausländerinnen und Ausländer im Rechtskreis SGB II lag im Berichtszeitraum bei rd. 24 %. Nach dem **Prinzip der „Teilhabe und Betroffenheit“** (Anteil Ausländer/innen an Arbeitslosen gesamt und Anteil an Förderungen gesamt) sollte bei allen Förderungen dementsprechend ein Anteil von rd. 24 % vorliegen:

| Förderungen | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
|--|---------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Maßnahmen nach § 37 SGB II (bis 2009) | 285 (23%) ⁴ | 96 (15%) | | | |
| Maßnahmen nach § 45/46 SGB II | 360 (22%) | 335 (23,9%) | 816 (24,5%) | 770 (25,4%) | 822 (24,3%) |
| Berufliche Weiterbildung | 124 (15%) | 168 (21%) | 236 (25,1%) | 189 (27,8%) | 267 (25%) |
| Trainingsmaßnahmen (bis 2009) | 305 (23%) | 256 (29,5%) | | | |
| Arbeitsgelegenheiten | 189 (24%) | 425 (17%) | 261 (16,8%) | 86 (12,7%) | 121 (22%) |
| Eingliederungszuschüsse | 117 (16%) | 101 (23%) | 107 (24,9%) | 111 (24,2%) | 118 (23%) |
| Einstiegsgeld | 9 (27%) | 16 (29%) | 28 (28,9%) | 26 (35%) | 19 (28%) |
| Förderung der Berufsausbildung | 13 (25%) | 8 (20%) | 12 (19,7%) | 15 (21,45) | 14 (21%) |
| Ausbildungsbegleitende Hilfen | 4 (25%) | 4 (25%) | 3 (18,8%) | 9 (25%) | 8 (20%) |
| Einstiegsqualifizierung | 17 (23%) | 5 (13%) | 13 (18,6%) | 16 (27%) | 19 (24%) |
| Gesamt | 22,3% | 21,6% | 22,1 % | 24,8% | 23,5% |

⁴ Der Prozent-Wert in Klammern zeigt den Anteil der Ausländer/innen gemessen am Gesamtvolumen der jeweiligen Förderung an.

Die Teilhabe von rd. 24 % wird nicht bei allen Förderungen durchgängig umfassend erreicht. Im Zeitverlauf ist allerdings insbesondere bei einigen „integrationsnahen“ Förderungen (wie z.B. der Beruflichen Weiterbildung) eine tendenzielle Steigerung zu erkennen. Die Gesamtbetrachtung zeigt: Im Jahr 2011 wird eine Teilhabe von rd. 24 % erreicht, im Jahr 2012 wird der Wert mit 23,5 % nur leicht unterschritten.

Der Erfolg wird im Rahmen des SGB II-Controllings u.a. an der Anzahl der „Integrationen in Erwerbstätigkeit“⁵ und an der „Verringerung des Langzeitbezuges“⁶ gemessen. Faktoren wie „Stabilisierung der Lebensumstände“ oder „Beseitigung von Vermittlungshemmnissen“ können nicht abgebildet werden. Die entsprechenden Daten liegen ab 2010 vor:

Integration von Ausländern/innen in Erwerbstätigkeit und Integrationsquote

| | Dez 10 | Dez 11 | Dez 12 |
|----------------------|--------|--------|--------|
| Anzahl Integrationen | 923 | 919 | 942 |
| Integrationsquote | 18,70% | 18,60% | 19,80% |

Die Integrationsquoten liegen im Zeitvergleich relativ konstant bei rd. 19 %. Gemessen am Anteil von rd. 24 % sind die Integrationsquoten nicht proportional. Bei der Bewertung der Daten ist allerdings zu berücksichtigen, dass innerhalb der Zielgruppe ein bestimmter Anteil an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten auf Grund von spezifischen „Hemmnissen“ (z. B. in den Bereichen Schulabschlüsse, berufliche Qualifikation und Sprachkompetenz) für „integrationsnahe“ Förderungen nicht in Frage kommt. Im Jahr 2012 konnte die Anzahl der Integrationen und die Integrationsquote gegenüber den Vorjahren gesteigert werden.

Langzeitbezug von Ausländern/innen

| | Dez 10 | Dez 11 | Dez 12 |
|---|--------|--------|--------|
| Veränderung des Bestandes in % | 3,70% | 7,15% | 1,02% |
| Differenz zum Vorjahr | +120 | +229 | +35 |
| Bestand Ausländer/innen im Langzeitbezug | 3203 | 3432 | 3467 |

³ Als „Integrationen in Erwerbstätigkeit“ gelten die Aufnahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sowie selbständiger Erwerbstätigkeit. Ferner fließen die Eintritte in voll qualifizierende berufliche Ausbildungen in die Betrachtung ein.

⁶ Im „Langzeitbezug“ sind Personen, die innerhalb der letzten 24 Monate 21 Monate im SGB II-Leistungsbezug waren.

Der Anstieg des Bestandes von Ausländerinnen und Ausländern im Langzeitbezug konnte in 2012 auf rd. 1 % gehalten werden. In den Jahren 2010 und 2011 lagen noch vergleichsweise hohe Anstiege vor.

Das Jobcenter Oberhausen wird sich auch zukünftig intensiv darum bemühen, dass Prinzip der „Teilhabe und Betroffenheit“ in den arbeitsmarktlichen Förderinstrumenten des SGB II umfassend zu verwirklichen und im Rahmen der örtlichen Gestaltungsmöglichkeiten die berufliche Integration zu fördern. Im Jahr 2012 wurden spezielle **Arbeitsgelegenheiten (AGH) für arbeitslose Migrantinnen** durchgeführt. Die Teilnehmerinnen der AGH-Maßnahme wurden durch sozialpädagogisches Fachpersonal intensiv begleitet. Zusätzlich wurden mehrsprachige Mediatorinnen mit Migrationshintergrund und entsprechender interkultureller Kompetenz zur Überwindung sprachlicher und kultureller Barrieren eingesetzt. Eine solche Maßnahme ist auch für das Jahr 2013 geplant.

Gegenwärtig wird auf Initiative des Facharbeitskreises Integration eine **Kooperationsvereinbarung** zwischen dem **Jobcenter Oberhausen**, dem **Jugendmigrationsdienst (JMD)** und der **Migrationsberatung für Erwachsene (MBE)** entwickelt. Auf diesem Weg soll erreicht werden, dass der jeweiligen Kooperationsbedarf den jeweiligen Entwicklungen kontinuierlich angepasst und die Nachhaltigkeit des Prozesses sichergestellt wird. Übergeordnetes Ziel des Vorhabens ist es, eine passgenaue soziale, schulische und berufliche Integration zu erreichen sowie die Kooperationsstrukturen zwischen den Handelnden zu systematisieren und zu stärken. Die Kooperationspartnerinnen und -partner werden sich intensiver miteinander vernetzen und zukünftig gezielter zusammenarbeiten.

Das Oberhausener **Übergangssystem Schule-Beruf** ist durch eine breite Vielfalt von Maßnahmen und Akteuren gekennzeichnet. Im Zeitraum vom 01.12.2008 bis zum 31.03.2012 wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Perspektive Berufsabschluss“ eine Fachstelle Regionales Übergangsmangement (RÜM) eingerichtet. Auf diese Weise konnten erste wichtige Schritte auf dem Weg zur Systematisierung der vielfältigen Übergangsmaßnahmen und stärkeren Vernetzung der Akteure realisiert werden (→ siehe Drucksache Nr. M/15/1994-01). Nach dem Auslaufen des Projekts wird von Seiten der Verwaltung die Einrichtung einer „Kommunalen Koordinierung“ im Rahmen des Landesprogramms "Neues Übergangssystem Schule-Beruf" (NÜS) angestrebt (→ siehe Drucksache Nr. B/15/2642-01). Sie soll zukünftig die Aufgabe wahrnehmen, einen nachhaltigen und systematischen Übergang Schule-Beruf (bzw. Schule-Studium) zu fördern, Abstimmungsprozesse zwischen den Akteuren zu organisieren (Einführung von Standards) und gezielt die unübersichtliche Maßnahmenvielfalt zu systematisieren. Das NÜS wird flächendeckend im Land NRW eingeführt. Spätestens ab der Klasse 8 erhalten alle Schülerinnen und Schüler aller Schulformen bis zum Abitur zukünftig eine verbindliche und systematische Berufs- und Studienorientierung. Übergeordnetes Ziel des NÜS ist es, ein verbindliches Ausbildungsplatzangebot für jeden ausbildungsfähigen jungen Menschen in NRW zu schaffen.

2.4 Kultur und Sport

Die wesentliche Handlungsgrundlage für die interkulturelle Orientierung und Öffnung des örtlichen Kulturwesens bildet das im Jahr 2009 entwickelte „**Interkulturelle Handlungskonzept der Kultureinrichtungen** in der Stadt Oberhausen“ (→ siehe Drucksache Nr. M/15/0234-01). Auf diese Weise wurde der Empfehlung des Kommunalen Integrationskonzepts Rechnung getragen, für zentrale Handlungsfelder Teilkonzepte zu entwickeln. Es wurde in der Sitzung des Kulturausschusses am 26.01.2010 von allen Fraktionen ausdrücklich begrüßt und zustimmend zur Kenntnis genommen. Mit seiner Entwicklung hat sich die Stadt Oberhausen in die Reihe der Städte eingereiht, die bereits Konzepte vorgelegt haben (Hagen, Dortmund, Wuppertal, Mannheim, u. a.). Die Stadt Oberhausen geht allerdings einen Schritt weiter und versucht – wie z.B. Köln und Bochum – durch regionale, nationale und internationale Kooperationen die interkulturelle Arbeit weiter zu entwickeln. Die Umsetzung des Handlungskonzepts hat keine direkten finanziellen Konsequenzen für die Stadt Oberhausen, da hierzu die bestehenden Etats der Kultureinrichtungen genutzt werden. Projektmittel des Landes, des Bundes und Dritter ergänzen die bestehenden Mittel. Die Federführung für die Koordination des Umsetzungsprozesses liegt seit Juli 2011 beim Büro für Interkultur im Dezernat 1. Das Büro für Interkultur berät die Kultureinrichtungen im Prozess der interkulturellen Öffnung, unterstützt sie bei der Entwicklung von eigenen Handlungskonzepten und bietet Fortbildungen/Workshops zum Thema an.

Einige Kultureinrichtungen verfügen mittlerweile bereits zusätzlich über eigene spezielle, interkulturell ausgerichtete **Einrichtungskonzepte**. Ein Beispiel hierfür ist das Konzept „Interkulturelle Bibliotheksarbeit“ der Stadtbibliothek Oberhausen (→ siehe Drucksache Nr. M/15/1411-01).

Einen relativ aktuellen Gesamtüberblick über die vielfältigen interkulturellen Aktivitäten der Oberhausener Kultureinrichtungen vermittelt die Drucksache Nr. M/15/1433-01 („Interkulturelle Angebote der städtischen Kulturinstitute“). Am 14.02.2012 wurde in der Sitzung des Integrationsrats umfassend zu der Thematik berichtet.

Eine große strukturelle Herausforderung besteht darin, auch für den Kulturbereich **Indikatoren/Kennzahlen** zu entwickeln, anhand derer zukünftig die Entwicklung des interkulturellen Öffnungsprozesses kontinuierlich beobachtet werden kann. Da keine amtlichen Statistiken als Datenquelle zur Verfügung stehen und bundesweit keine ausgearbeiteten Vorbilder existieren, an denen sich die Oberhausener Kultureinrichtungen bei der Entwicklung von Indikatoren orientieren könnten, ist es in diesem Zusammenhang erforderlich, „Grundlagenarbeit“ zu leisten. Im Dezember 2012 wurde ein erster Workshop mit der Zielsetzung durchgeführt, einen solchen Entwicklungsprozess anzustoßen und zu strukturieren. Der Workshop wurde in Kooperation zwischen dem Büro für Interkultur (Dezernat 1) und dem Büro für Chancengleichheit (Bereich 0-4) organisiert und durch ein externes Institut begleitet. Der auf dem Workshop vorgestellte Vorschlag für mögliche Indikatoren wird gegenwärtig in den Kultureinrichtungen diskutiert und dahingehend bewertet, welche Indikatorenvorschläge aus Sicht der jeweiligen Einrichtung aufgegriffen werden sollten. Die Ergebnisse dieses Entwicklungsprozesses werden in den Indikatorenkatalog für das geplante Oberhausener Integrationsmonitoring aufgenommen.

Im Handlungsfeld „**Integration durch Sport**“ lag der Schwerpunkt der Aktivitäten in den vergangenen Jahren im Bereich der Ausbildung von **Übungsleitern/innen (ÜL) mit Migrationshintergrund**.

Insbesondere Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte sind im organisierten Sport unterrepräsentiert. Daher werden seit 2007/2008 in Kooperation zwischen dem Stadtsportbund Oberhausen, der RAA, dem Projekt „spin – sport interkulturell“ (Landessportbund NRW) und dem Integrationsrat schwerpunktmäßig Frauen mit Migrationshintergrund zu Übungsleiterinnen ausgebildet. Insgesamt haben bislang 52 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die ÜL-C Ausbildung für den Breitensport erfolgreich absolviert. Aus diesem Kreis haben bislang 20 Frauen eine weitere Ausbildung für die zweite Lizenzstufe erfolgreich absolviert und die B-Lizenz erworben. Fast 60 % der ausgebildeten Übungsleiterinnen und Übungsleiter sind mittlerweile in Sportvereinen, dem Offenen Ganztage oder bei anderen Trägern aktiv. Von Seiten der RAA werden regelmäßig Zusammenkünfte aller Beteiligten mit der Zielsetzung organisiert, die Projektarbeit bedarfsorientiert weiterzuentwickeln und auszubauen.

Die Übungsleiter/innenausbildungen in Oberhausen sind im zweiten Quartal 2011 durch die Humboldt-Universität zu Berlin evaluiert worden (→ siehe Drucksache Nr. M/15/1965-01). Zu diesem Zweck wurde eine **ÜL-Absolvent/innenbefragung** konzipiert und durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Abschlussbericht wie folgt zusammengefasst:

„Insgesamt zeigen die Ergebnisse der ÜL-Befragung [...] dass inzwischen ein recht beachtlicher Pool an Übungsleitern – und insbesondere Übungsleiterinnen – mit Migrationshintergrund zur Verfügung steht. Vor diesem Hintergrund scheinen weitere Basisqualifizierungen zur Übungsleiter-C-Lizenz speziell für diese Zielgruppe derzeit nicht zwingend erforderlich zu sein. Vielmehr gilt es, das Potential der bislang ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen optimal auszuschöpfen und weiter zu fördern. Neben der Förderung entsprechender Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen erscheint dabei insbesondere die Vermittlung der engagementbereiten Übungsleiterinnen und Übungsleiter in Sportvereine sowie in andere Sport anbietende Organisationen von entscheidender Bedeutung und sollte durch entsprechende Maßnahmen intensiv begleitet und unterstützt werden“ (S.33).

Die Ergebnisse und Empfehlungen der externen Evaluation werden im Rahmen der praktischen Projektarbeit bereits berücksichtigt und bei der Fortschreibung des Kommunalen Integrationskonzepts ein wesentlicher Orientierungspunkt sein. Im Jahr 2012 wurden u.a. Weiterbildungsmaßnahmen für bereits ausgebildete Übungsleiterinnen und Übungsleiter durchgeführt. Für bislang nicht aktive engagementbereite Absolventinnen und Absolventen der ersten Lizenzstufe (C) wurde ein sog. Refreshkurs angeboten.

2.5 Interkulturelles Personalmanagement

Die Leitziele und Handlungsempfehlungen des Kommunalen Integrationskonzepts Oberhausen wie auch die personalpolitischen Herausforderungen der demografischen Entwicklung machen ein interkulturelles Personalmanagement erforderlich. Interkulturelles Personalmanagement wird innerhalb der Stadtverwaltung als Querschnittsaufgabe verstanden und wahrgenommen. Zu seiner Umsetzung werden alle Handlungsfelder des Personalmanagements schrittweise dahingehend überprüft, ob und ggf. welche Veränderungen bzw. Anpassungen erforderlich sind. Die Berichterstattung konzentriert sich auf zwei besonders relevante Handlungsfelder des interkulturellen Personalmanagements: Das Personalauswahlverfahren und die Fortbildung.

Die Bearbeitung des Handlungsfeldes erfolgte im Berichtszeitraum im besonderen Maße interkommunal. Aufbauend auf den Ergebnissen des Kooperationsprojekts „Steuerung von Integrationsprozessen durch interkommunale Zusammenarbeit“ wurde im Rahmen der Förderungsperiode 2009/2010 des Landesprogramms „KOMM-IN NRW“ – auf der Grundlage eines erneuten gemeinsamen Antrags der **Städtekooperation Integration.Interkommunal** (Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen) – das Projekt „Kommunen als zukunftsfähige Arbeitgeber: Austausch und gemeinsame Entwicklung von Strategien für eine veränderte Organisationskultur im Hinblick auf den demografischen und kulturellen Wandel“ durchgeführt. Im Vordergrund standen der interkommunale und interdisziplinäre Austausch sowie die Entwicklung praxistauglicher Handlungsansätze in Bezug auf

- die Standardisierung des Qualitätsmerkmals Interkulturelle Kompetenz,
- Strategien zur Steigerung der Bewerberzahlen und Einstellungszahlen junger Talente mit Zuwanderungsgeschichte und
- Ansätze der interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Ausbildungs- und Fachkräftemarkt.

Im Rahmen der Umsetzung des Projekts wurde u.a. eine einheitliche definitorische Grundlage zur „interkulturellen Kompetenz“ erarbeitet und eine Verständigung über ihre Dimensionen und relevanten Inhalte/Merkmale erzielt.

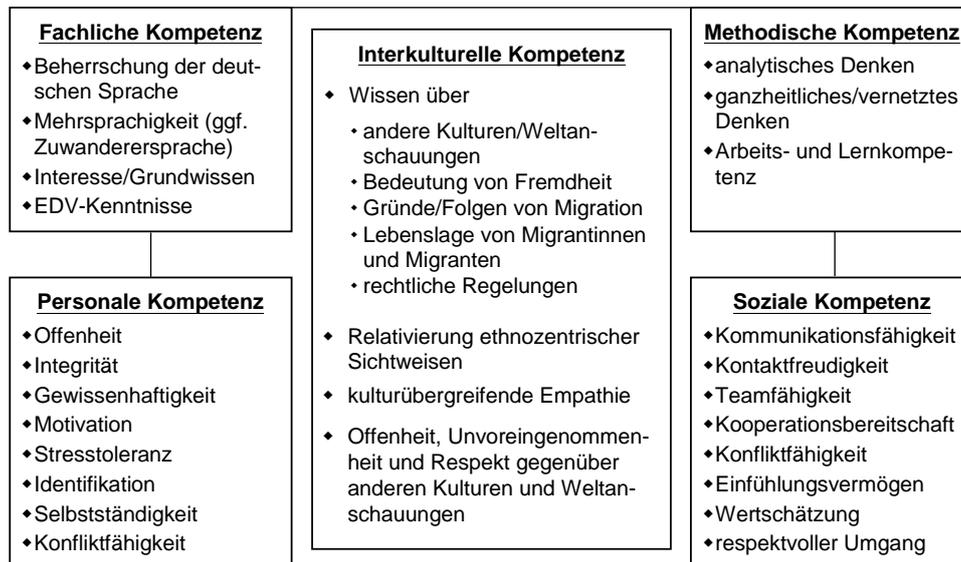
Folgende Definition wurde erarbeitet und abgestimmt:

Interkulturelle Kompetenz bedeutet die Fähigkeit, in Situationen, in den Menschen mit kulturell unterschiedlichem (vielfältigem) Hintergrund zusammenkommen, angemessen und effektiv miteinander umzugehen. Dies bedeutet, dass die damit verbunden Haltungen und Einstellungen, sowie die besonderen Handlungs- und Reflexionsfähigkeiten auf der Basis der Anerkennung von Vielfalt als Normalität gelebt werden.

Nach dem Erarbeiten gemeinsamen Verständnis umfasst interkulturelle Kompetenz die in der nachfolgenden Grafik dargestellten vier Dimensionen:



Für die praktische Verwendung im Personalmanagement wurde eine Herangehensweise über unterschiedliche Kompetenzbereiche (fachlich, methodisch, personal und sozial) vereinbart. Interkulturelle Kompetenz wird hierbei als Teilbereich bzw. spezielle Ausprägung innerhalb dieser Kompetenzbereiche begriffen. Diese Herangehensweise und die für die weitere Operationalisierung von interkultureller Kompetenz verwendeten Merkmale sind in der nachfolgenden Grafik dargestellt:



Darauf aufbauend wurden Empfehlungen entwickelt und auf ihre Praxistauglichkeit geprüft. Die Projektkommunen haben ihr Wissen und praxiserprobte Beispiele zur Verfügung gestellt. Die Empfehlungen beziehen sich auf

- Texte in Stellenausschreibungen,
- die Ausgestaltung von Auswahlverfahren,
- die Ausbildung sowie die
- Fort- und Weiterbildung.

Die Ergebnisse wurden in der Projektveröffentlichung "Vielfalt schafft Zukunft – Ein Handlungsbuch" dokumentiert. Sie stellen die Basis für ein gemeinsames Verständnis von interkultureller Kompetenz auf der interkommunalen Ebene dar und dienen seither als Rahmen für weitere Folgeaktivitäten und die konkrete Ausgestaltung in den jeweiligen Kommunalverwaltungen.

Am 28. Mai 2010 wurden die Ergebnisse des Gesamtprojekts (einschließlich des erarbeiteten Handlungsbuchs "Vielfalt schafft Zukunft") in Bochum im Rahmen des 2. Interkommunalen Forums "Integration in der Metropole Ruhr" präsentiert und stehen der interessierten (Fach-)Öffentlichkeit seither auf der gemeinsamen Internetplattform der Städtekooperation (www.integration-interkommunal.net) zur Verfügung. Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter aller Projektstädte erklärten auf dem Interkommunalen Forum Integration, dass sie weiter gemeinsam daran arbeiten wollen, ihre Verwaltungen interkulturell kompetenter und damit zukunftsfähig zu machen. Zur Besiegelung unterzeichneten sie den **Kontrakt "Interkulturelle Städtereion Ruhr"**, der im Nachgang von allen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern der sechs Projektstädte unterzeichnet

wurde. Im Rahmen des Kontrakts haben sich alle Projektkommunen auf drei strategische Zielsetzungen verständigt, die auf dem Weg zur "Interkulturellen Städtereion Ruhr", unter Berücksichtigung der festgelegten Grundsätze von Eignung, Befähigung und fachliche Leistung, umgesetzt werden sollen:

"[...] Wir möchten, dass:

1. Interkulturelle Kompetenz als Qualitätsmerkmal in der Verwaltung, insbesondere im Personalmanagement, verankert wird und in die Kriterien für Personalauswahl und Personalentwicklung einfließt.
2. Der Anteil der Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte langfristig ihrem Anteil an der Stadtbevölkerung entspricht.
3. Die beiden vorgenannten Ziele durch nachhaltige interkommunale Zusammenarbeit erreicht werden. [...]"

Mittlerweile haben auch die Städte Gelsenkirchen und Herne den Kontrakt unterzeichnet und wirken seither aktiv in der Arbeitsstruktur der Städtekooperation Integration. Interkommunal (Regie- und Projektgruppe) und weiteren Folgeaktivitäten mit.

Der Entwicklungsstand in den o.g. Handlungsfeldern des interkulturellen Personalmanagements stellt sich folgendermaßen dar:

Personalauswahlverfahren

Seit Abschluss des o.g. Projektes am 31.05.2010 enthalten alle externen Stellenausschreibungen der Stadtverwaltung Oberhausen folgende Präambel:

„Oberhausen ist eine moderne Großstadt mit 215.000 Einwohnern/innen in der Metropole Ruhr. Die Stadt zeichnet sich durch eine breit gefächerte Wirtschaftsstruktur und vielfältige kulturelle Angebote aus. In der Vergangenheit von einer großen Industrietradition geprägt, hat die Stadt erfolgreich den Strukturwandel eingeleitet. Der Umgang mit kultureller Vielfalt, die Kommunikation und Interaktion zwischen Menschen verschiedener Herkunft und Lebensweisen gehört hier zum Alltag. Die Stadtverwaltung Oberhausen pflegt eine Unternehmenskultur, die von gegenseitigem Respekt, Wertschätzung und Chancengleichheit geprägt ist. Wir erwarten von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung somit auch soziale und interkulturelle Kompetenzen.“

Eine Sensibilisierung der ausschreibenden Stellen der Stadt Oberhausen für die Frage, ob und wenn ja welche speziellen interkulturellen Kompetenzen für einen konkreten Arbeitsplatz notwendig sind, hat bereits stattgefunden und wird als Folge demografischen Wandels weiter zunehmen. Einigkeit besteht darin, dass für eine Personalentscheidung relevante Anforderungen auch in Anforderungsprofilen konkret zu benennen sind. Auf diese Weise wird eine objektive Prüfung dieser zuvor definierten Anforderungen möglich.

Gegenwärtig wird im Rahmen der Städtekooperation Integration. Interkommunal das **Projekt „Kommunales Personalmanagement: Vielfalt und Interkulturelle Kompetenz im Blick von Personalauswahlverfahren“** durchgeführt. Das bis zum 31.12.2013 laufende Projekt wird durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördert und verfolgt zwei Zielsetzungen: Zum einen sollen die Merkmale interkultureller Kompetenz in die Personalauswahlverfahren der Kooperationsstädte integriert werden. Zum anderen soll die „Kulturfairness“ in den Auswahlverfahren sichergestellt werden.

Im Mittelpunkt der Projektarbeit steht die Klärung der Relevanz von interkultureller Kompetenz in den verschiedenen Berufsgruppen/Einstellungsbereichen und die Entwicklung von praxistauglichen Instrumenten/Verfahren zur Erfassung und Gewichtung von interkultureller Kompetenz im Personalauswahlverfahren. Der Entwicklungsprozess wird durch die Deutsche Gesellschaft für Personalwesen e.V. (DGP) begleitet. Die Workshopreihe startete am 05.11.2012 mit dem Auftaktworkshop. Am 04.02.2013 wurde der erste thematische Workshop mit dem Schwerpunkt „Auszubildende“ durchgeführt. Es folgten im Jahr 2013 noch zwei weitere Workshops zur Thematik mit den Schwerpunktthemen „Mitarbeiter/innen mit intensiven Bürger/innenkontakten“ und „Führungskräfte/Verwaltungsinterner Bereich“. Im Mittelpunkt des 4. Workshops wird die Bearbeitung der Fragestellung stehen, inwieweit die Personalauswahlverfahren der Kooperationsstädte einem möglichst hohen Standard von „Kulturfairness“ entsprechen und ob ggf. Veränderungen bzw. Anpassungen erforderlich sind. Die Ergebnisse der Workshopreihe werden im Nachgang in die Erstellung einer entsprechenden Handreichung einfließen. Auf dieser Grundlage soll die Praxis des Personalauswahlverfahrens weiterentwickelt werden.

Fortbildung

Bereits seit mehreren Jahren werden vom Fachbereich 4-1-40/Aus- und Fortbildung, Personalentwicklung Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Ziel angeboten, die interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung dauerhaft zu erhöhen. Diese Angebote wurden im Jahr 2008 durch ein Gesamtkonzept eingebundene Schulungen abgelöst. Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 22.10.2007 wurde ein erstes **Fortbildungskonzept zur Erweiterung interkultureller Handlungskompetenz** erarbeitet. Im Mittelpunkt dieses Fortbildungskonzepts steht die Basisqualifizierung. Die Teilnahme an diesen Seminaren („Grundlagenmodul“) ist für den jeweils ausgewählten Mitarbeiter/innenkreis verpflichtend. Aufbauend auf dieser Basisqualifizierung werden gemäß des erarbeiteten Fortbildungskonzepts im Rahmen der Aufbauqualifizierung Seminare für spezielle Zielgruppen entwickelt. Auf dieser Grundlage wurden bis zum 31.12.2011 insgesamt 211 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus unterschiedlichen Verwaltungsbereichen im Rahmen der Basisqualifizierung geschult. Hierunter befanden sich u.a. 65 Schulsekretärinnen und 49 Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen der Regionalteams Jugendhilfe. Im Dezember 2010 nahmen 12 Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter der Regionalteams Jugendhilfe an einer Aufbauqualifizierung mit dem Schwerpunkt „Hilfeplanung“ teil.

Angesichts der besonderen Haushaltssituation der Stadt Oberhausen ist es schwierig, die interkulturelle Qualifizierung der städtischen Beschäftigten lediglich über kommunale Haushaltsmittel intensiv voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund wurde in Kooperation mit der

Stadtverwaltung Duisburg das **Projekt „IKoDO – Interkulturelle Kompetenz in den Kommunalverwaltungen der Städte Duisburg und Oberhausen“** entwickelt. Das Kooperationsprojekt wird im Zeitraum vom 01.04.2012 bis 31.12.2014 durchgeführt und aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) durch eine Zuwendung in Höhe von rd. 99.800,00 Euro co-finanziert. Im Projektzeitraum werden die folgenden drei Zielgruppen in gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen qualifiziert:

- Führungskräfte
- Personalratsmitglieder
- Mitarbeiter/innen aus publikumsintensiven Bereichen

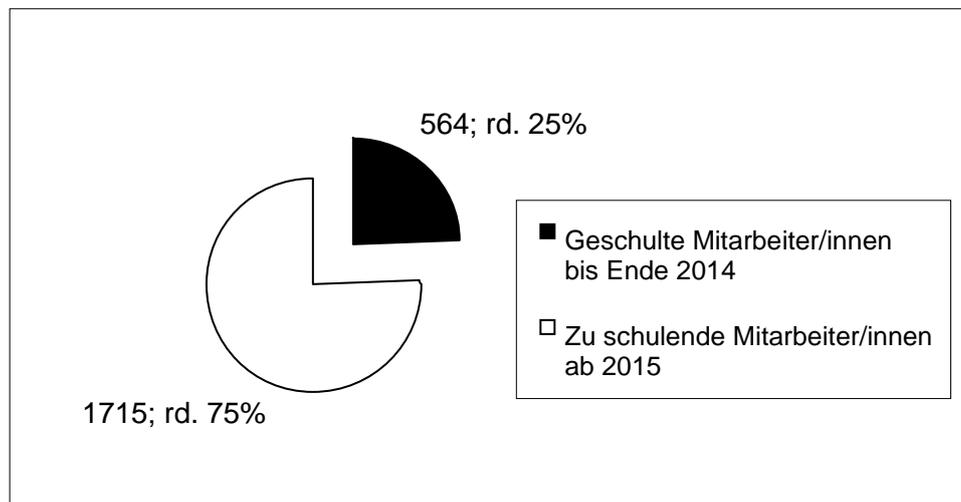
Seit dem Sommer 2012 werden kontinuierlich Schulungen in Duisburg und Oberhausen durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen aus beiden Stadtverwaltungen, so dass ein interkommunaler Erfahrungsaustausch möglich ist. Die Bereichsleiter/innen-Schulungen wurden bereits vollständig abgeschlossen. Die über Feedback-Bögen ermittelte Resonanz aus den Schulungen war bislang insgesamt sehr positiv. Auch die weiteren Führungskräfte sowie die Personalratsmitglieder befinden sich derzeit in den Schulungen. Ab Sommer 2013 läuft die Qualifizierung der Zielgruppe „Mitarbeiter/innen aus publikumsintensiven Bereichen“ an. Am Ende der Laufzeit des Projekts werden innerhalb der Stadtverwaltung Oberhausen zusätzlich 166 Führungskräfte (Bereichsleiter/innen, Fachbereichsleiter/innen, Sachgebietsleiter/innen und Arbeitsgruppenleiter/innen), 54 Personalratsmitglieder und 65 Mitarbeiter/innen aus publikumsintensiven Bereichen der Stadtverwaltung Oberhausen qualifiziert sein. Detaillierte Informationen über das Projekt sind der Homepage www.oberhausen.de/ikodo – teilweise über eine Verlinkung zur Homepage der Stadt Duisburg (www.duisburg.de/ikodo) – zu entnehmen.

Das Projekt „IKoDO“ wird seit Ende des 2012 durch die Universität Duisburg-Essen im Rahmen des **Forschungsprojekts „Qualitätsmerkmal Interkulturelle Kompetenz“** wissenschaftlich begleitet. Hierdurch sollen u.a. Instrumente für die „Messung“ interkultureller Kompetenz entwickelt und die Wirkung der Schulungen auf den Berufsalltag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untersucht werden.

Seit dem Anlaufen des Projekts „IKoDO“ werden zusätzlich **Fortbildungsveranstaltungen für Nachwuchskräfte** zur Erweiterung der interkulturellen Handlungskompetenz durchgeführt, die aus kommunalen Haushaltsmitteln finanziert werden. Bis Ende des Jahres 2013 werden rd. 68 Auszubildende der Einstellungsjahrgänge 2010-2012 an den Schulungen teilgenommen haben. Auch die Nachwuchskräfte, die zum 01.09.2013 eingestellt werden, sollen an interkulturellen Seminaren teilnehmen. Diesbezüglich sind die Planungen noch nicht abgeschlossen.

Einen Gesamtüberblick über die bis zum Ende des Jahres 2014 geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Oberhausen auf der Grundlage des derzeitigen Planungsstandes vermittelt die nachfolgende grafische Darstellung.

Demnach haben bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt rd. 25 % der städtischen Beschäftigten an interkulturellen Fortbildungen teilgenommen:



Hinsichtlich der **Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund** innerhalb der Stadtverwaltung sind die Bemühungen stetig hoch, den Anteil der Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund bei Auswahlgesprächen zu steigern. Neben der o.g. Präambel enthalten alle externen Stellenbeschreibungen zusätzlich folgenden Nachsatz:

„Auch Interessentinnen und Interessenten mit Zuwanderungshintergrund werden ermutigt sich zu bewerben.“

Darüber hinaus wird eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben und mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren (Schulen, Migrantenselbstorganisationen, Geschäftsstelle des Integrationsrats usw.) kooperiert. Über die interkommunale Zusammenarbeit (z.B. Vernetzung der Ausbildungsleitungen) wird ein ständiger Austausch zur Thematik realisiert.

Im Jahr 2011 war ursprünglich die Realisierung einer erweiterten Mitarbeiter/innen-Befragung geplant, um den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund am Personalbestand der Kernverwaltung zu ermitteln. Vor dem Hintergrund einer kritischen Verlautbarung des Deutschen Städtetags vom 27.04.2011 zur Zulässigkeit der Erhebung des Migrationshintergrund wurde dieses Vorhaben allerdings verworfen. Für das Jahr 2013 ist nun die Umsetzung einer freiwilligen und anonymisierten Befragung geplant. Vorbild ist bei diesem Vorhaben eine Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung, die das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Landesinitiative „Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst – Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“ im Jahr 2012 durchgeführt hat.

Seit dem Jahr 2010 werden potentielle Nachwuchskräfte im Rahmen des Auswahlverfahrens bereits auf freiwilliger Basis nach ihrem Migrationshintergrund befragt.

Die nachfolgende tabellarische Aufstellung vermittelt einen Überblick über die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber im Vorstellungsgespräch, die Einstellungszahlen und die entsprechenden Quoten:

| Ausbildung: Bewerber/innen mit Migrationshintergrund in der Kernverwaltung* | | | | |
|--|--|--|-------------------------|--|
| | Bewerber/innen im Vorstellungsgespräch gesamt | Bewerber/innen mit Migrationshintergrund Bezug: Vorstellungsgespräch gesamt / Quote | Einstellungszahl | Bewerber/innen mit Migrationshintergrund Bezug: Ausbildungsangebot gesamt / Quote |
| 2010 | 114 | 23 / 20,1 % | 36 | 8 / 22,2 % |
| 2011 | 97 | 11 / 11,3 % | 25 | 4 / 16,0 % |
| 2012 | 61 | 10 / 16,4 % | 19 | 3 / 15,8 % |
| 2013 | 79 | 17 / 21,5 % | 24 | 4 / 16,7 % |
| <i>*ohne Feuerwehr</i> | | | | |

2.6 Migrantenselbstorganisationen

Im Kommunalen Integrationskonzept Oberhausen sind für das Handlungsfeld „Organisatorische Partizipation/Migrantenselbstorganisationen“ (MSO) folgende Handlungsempfehlungen als allgemeine Orientierung aufgeführt:

- Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von MSO an kommunalen Belangen
- Verbesserung der Kommunikations- und Artikulationsmöglichkeiten und der Kommunikationswege
- Verbesserung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu Tätigkeiten und Belangen der MSO
- Verzahnung der Förderungen ehrenamtlicher Tätigkeiten mit Belangen der MSO
- Integration der MSO in die Sozialraum- und Quartiersarbeit

Vor diesem Hintergrund wurden im Jahr 2010 zwei Workshops mit den örtlichen Migrantenselbstorganisationen – unter Einbeziehung der Ratsfraktionen – mit der Zielsetzung durchgeführt, einen Konsens über erforderlichen Schritte zur Optimierung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den örtlichen MSO sowie zwischen den unterschiedlichen MSO untereinander zu erzielen. Es herrschte unter allen Beteiligten der Workshops Einigkeit darüber, dass die Zusammenarbeit einer intensiveren Vernetzung/Koordination bedarf. Insbesondere von Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen MSO wurde in diesem Zusammenhang allerdings darauf hingewiesen, dass eine erfolgreiche und nachhaltig wirksame Umsetzung dieses Vorhabens ohne eine intensive professionelle Begleitung/Unterstützung in der Anfangsphase nicht zu realisieren ist. Darüber hinaus konnte im Rahmen der beiden Workshops ein Konsens über gemeinsame Kooperationsfelder hergestellt werden, die zukünftig systematisch und partnerschaftlich bearbeitet werden sollen:

- (Aus-)Bildung
- Familienförderung
- Sprachförderung
- Prävention (Kriminal-, Drogen- und Gewaltprävention)

- Qualifizierungsmaßnahmen für Migrantenselbstorganisationen
- Einbürgerung
- Integration durch Sport

Im Zuge der nachhaltigen Gestaltung der beiden Workshops wurde, wie im 2. Workshop vereinbart, eine Arbeitsgruppe "MSO-Verbund" eingerichtet, die sich die Aufgabe gestellt hat, die erforderlichen nächsten Schritte zu planen und zu konkretisieren. An dieser wirkten Vertreterinnen und Vertreter folgender MSO mit:

1. Alevitische Gemeinde Alt-Oberhausen
2. Alevitischer Kulturverein e.V.
3. Christian Church Outreach Mission International
4. G. Croix de la Victoire
5. Liberale Jüdische Gemeinde "Perusch"
6. Türkische Gemeinde Oberhausen e.V.
7. Mevlana Moschee
8. Word of Life International Church e.V.
9. World Christian Revival Center International e.V.

Auf dieser Grundlage wurde von Seiten des Büros für Chancengleichheit das **Projekt „Migranten(selbst)organisationen als starke Partner/innen in Sachen Integration“**: Koordination, Vernetzung und Professionalisierung der Integrationsarbeit der Oberhausener Migranten(selbst)organisationen“ konzipiert. Mit dem Zuwendungsbescheid vom 28.11.2012 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Bundeszuwendung seine Umsetzung bewilligt (→ siehe Drucksache Nr. M/15/2512-01). Die geplante Projektlaufzeit beträgt 36 Monate (01.12.2012 bis 30.11.2015). Am 30.01.2013 wurde der Zuwendungsbescheid für das Haushaltsjahr 2013 erteilt.

Die (langfristigen) Wirkungsziele des Projekts lauten wie folgt:

- Ein Kooperationsnetzwerk der örtlichen Migrantenselbstorganisationen ist fest etabliert.
- Die Handlungskompetenzen der örtlichen Migrantenselbstorganisationen sind nachhaltig gestärkt.

Folgende Projekthinhalte sollen der Laufzeit realisiert:

Projektbaustein A (Netzwerkmanagement):

Im Rahmen eines professionellen Netzwerkmanagement sollen die folgenden Inhalte umgesetzt werden:

- Aufbau, Begleitung und Verstetigung eines Netzwerks der Oberhausener Migrantenselbstorganisationen
- Partizipatorische Entwicklung und kontinuierliche Weiterentwicklung von konkreten Zielsetzungen für die Netzwerkarbeit

- Unterstützung und Begleitung der Netzwerkpartner/innen bei der Entwicklung und Realisierung gemeinsamer Vorhaben und Initiativen
- Initiierung und Ausbau von Kooperationsbeziehungen zwischen dem MSO-Netzwerk und weiteren integrationsrelevanten Institutionen "vor Ort" (Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen usw.)
- Öffnung bestehender Netzwerkstrukturen (insbesondere Stadtteilarbeitskreise) für die PartnerInnen des MSO-Netzwerks

Projektbaustein B (Qualifizierungsmaßnahmen):

Im Zuge der Umsetzung dieses Projektbausteins sollen passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen für die örtlichen Migrantenselbstorganisationen beteiligungsorientiert entwickelt und anschließend umgesetzt werden. Weiterbildungsangebote sollen zu den folgenden fünf Themenschwerpunkten angeboten werden:

- Kommunale Strukturen
- Fundraising / Projektmittelakquise
- Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit
- Betriebswirtschaftliche Basics und EDV
- Erfolgreiche Netzwerkarbeit

Die Bundeszusammenfassungen stehen im Wesentlichen zur Finanzierung folgender Ausgabenpositionen zur Verfügung:

Personalausgaben:

- 0,5-Stelle "Netzwerkmanager/in MSO"
- Projektassistenz / Honorarkraft (25 Std./Monat)

Sächliche Verwaltungsausgaben: Vergabe von Aufträgen, Mieten, Maßnahmekosten usw. zur Realisierung

- der Qualifizierungsmaßnahmen und
- des Aufbaus einer Internetpräsenz.

Der Auftaktworkshop zum Projekt wurde am 01.12.2012 im Zentrum Altenberg durchgeführt. Am 04.02.2013 hat der Rat der Stadt einstimmig die Einrichtung einer (bis zum 30.11.2015 zeitlich befristeten) 0,5-Stelle „Netzwerkmanager/in MSO“ im Bereich 0-4/Büro für Chancengleichheit beschlossen (→ Drucksache Nr. B/15/2579-01). Im Jahr 2013 wurde bereits ein Folgeworkshop (14.03.2013) durchgeführt. Inhaltlich stand die Diskussion über die zukünftige Arbeitsstruktur und die Konkretisierung der Fortbildungsinhalte im Mittelpunkt der Veranstaltung. Der nächste Workshop ist für den 14.05.2013 geplant. In der zweiten Hälfte des Jahres 2013 sollen die ersten Fortbildungsveranstaltungen angeboten werden.

Neben einer effektiven Umsetzung der o.g. Projektinhalte und der Entwicklung einer über den Förderzeitraum hinausgehenden nachhaltigen Perspektive ist in Zukunft auch eine Erweiterung des Blickwinkels erforderlich. Zukünftig ist es angezeigt, verstärkt auch Vielfalt und interkulturelle Öffnung in den allgemeinen Strukturen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und bei

den traditionellen Trägern ehrenamtlicher Tätigkeit zu etablieren. Dieser erweiterten Perspektive soll im Zuge der Fortschreibung des Kommunalen Integrationskonzepts unter dem Oberbegriff „Bürgerschaftliches Engagement“ Rechnung getragen werden.

3. Schlussbemerkungen

Seit dem ersten Ratsbeschluss zur Umsetzung des Kommunalen Integrationskonzepts wurden eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten geplant und umgesetzt. Im Rahmen einer Gesamtbilanz kann resümiert werden, dass es erfolgreich gelungen ist, Integration als Querschnittsaufgabe fest im Verwaltungshandeln zu verankern. Ein Beleg hierfür sind die zahlreichen Maßnahmen und Projekte, die im Berichtszeitraum unabhängig von den konkreten Handlungsaufträgen des Rats entwickelt und umgesetzt wurden.

Integration ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe, über deren erfolgreiche Umsetzung nicht allein in den Kommunen entschieden wird. Allerdings wird auch in Zukunft weiterhin engagiertes kommunales Handeln im Politikfeld „Integrationspolitik“ erforderlich sein.

Im Rahmen der geplanten Fortschreibung des Kommunalen Integrationskonzepts Oberhausen zu einem „Strategieplan und Handlungsprogramm 2014-2019“ gilt es, insbesondere die Zielorientierung des Umsetzungsprozesses zu stärken. Gerade in Zeiten knapper kommunaler Haushaltsmittel ist die damit einhergehende transparente Prioritätensetzung und stärkere Überprüfbarkeit des Erfolgs integrationspolitischer Maßnahmen unerlässlich. Dabei wird eine integrierte Planung aus den unterschiedlichen Fachdisziplinen angestrebt. Mit der Fortschreibung des Kommunalen Integrationskonzeptes soll auch eine stärkere Systematisierung der einzelnen Maßnahmen und Projekte erfolgen, um so einen schnelleren und transparenteren Überblick der Integrationsarbeit in Oberhausen zu erhalten.

Im Rahmen des weiteren Entwicklungs- und Diskussionsprozesses müssen die gesellschaftlichen Folgekosten „misslingender Integration“ und vor allem die gesellschaftlichen Chancen, die – vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – in der „aktiven Gestaltung von Vielfalt“ liegen, im Blickfeld bleiben.

Anlage 1:

Tabellarische Übersicht der aufgeführten Bausteine in den Handlungsfeldern

Handlungsfelder:

- Bildung, Familie
- Gesundheit und Soziales
- Ausbildung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung
- Kultur und Sport
- Interkulturelles Personalmanagement
- Migrantenselbstorganisationen

| Handlungsfeld Bildung, Familie | |
|--|---|
| Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung | <ul style="list-style-type: none">• Familienzentren• Ausbau an KTE-Plätzen für Kinder unter 3 Jahren• Interkulturelle Standards• Frühkindliche Sprachförderung• Modellprojekt „Cito“• Bundesprogramm „Offensive frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“• Rucksack-KiTa: Programm zur Sprachförderung und Elternbildung• Kita-Schnuppernasen• Interkulturelle Elternbegleitern/innen in Familienzentren und Kindertageseinrichtungen |
| Interkulturelle Jugendarbeit | |
| Offensive Bildung und Integration in Oberhausen | <ul style="list-style-type: none">• Stadtteilkoordination Tackenberg• Projektentwicklung und –umsetzung• Zentrum für Integration und Bildung (ZIB) |
| Integrationsförderung im schulischen Kontext | <ul style="list-style-type: none">• Silentien• „Deutsch für den Schulstart“• Förderung der Sprachkompetenz von Flüchtlingskindern und deren Eltern zur Schulvorbereitung• Schulsozialarbeit• Interkulturelle Schule |
| Niederschwellige Frauensprachkurse | |

| Handlungsfeld Gesundheit und Soziales | |
|---|--|
| Aktivitäten des Bereichs Gesundheit | <ul style="list-style-type: none"> • Interkulturelle Kommunikation • Personal mit Migrationshintergrund • Projekt „Schritte zur Verbesserung der Gesundheit und Entwicklung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte“ • Kindergesundheitsbericht |
| Gesundheitsinformationen und Gesundheitsaufklärung | <ul style="list-style-type: none"> • Ärzteverzeichnis • Informationsmaterialien und Broschüren |
| Gesundheitsprävention | <ul style="list-style-type: none"> • Veranstaltungen zur Gesundheitsprävention • Aktionsstände zur Früherkennung |
| Gesundheitsförderung | <ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierungsmaßnahme zur „Interkulturellen Gesundheitsmediatorin“ • „Interkulturelle Gesundheitsförderung – Bewegt und gesund ins Leben!“ • „GUT DRAUF-Mobil unterwegs an Grundschulen“ • Interkulturelles Ernährungsprojekt |
| Altenhilfe / Seniorenarbeit | <ul style="list-style-type: none"> • Sturzprävention im Alter • Beratungs- und Informationsveranstaltungen für ältere Migranten/innen zum Thema „Leben im Alter“ • „SIM – Senioren im Mittelpunkt“ • Befragung älterer Menschen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte • Beratungsangebot für ältere Migranten/innen auf Stadtteilebene • Öffentlichkeitsarbeit |

| Handlungsfeld Ausbildung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung |
|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Integrationspolitischen Aktivitäten des Jobcenters Oberhausen • Kooperationsvereinbarung zwischen dem Jobcenter Oberhausen, dem Jugendmigrationsdienst (JMD) und der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) • Übergangssystem Schule-Beruf |

Handlungsfeld Kultur und Sport

| | |
|--|--|
| Interkulturelle Orientierung des örtlichen Kulturwesens | <ul style="list-style-type: none">• „Interkulturelle Handlungskonzept der Kultureinrichtungen in der Stadt Oberhausen“• Einrichtungskonzepte• Entwicklung von Indikatoren und Kennzahlen |
| Integration durch Sport | <ul style="list-style-type: none">• Ausbildung von Übungsleitern/innen (ÜL) mit Migrationshintergrund• Evaluation durch die Humboldt-Universität zu Berlin• Weiterbildungsmaßnahmen |

Handlungsfeld „Interkulturelles Personalmanagement“

- Steuerung von Integrationsprozessen durch interkommunale Zusammenarbeit / Kontrakt "Interkulturelle Städteregion Ruhr"
- Projekt "Kommunales Personalmanagement: Vielfalt und Interkulturelle Kompetenz im Blick von Personalauswahlverfahren"
- Fortbildungskonzept zur Erweiterung interkultureller Handlungskompetenz
- Projekt „IKoDO – Interkulturelle Kompetenz in den Kommunalverwaltungen der Städte Duisburg und Oberhausen“

Handlungsfeld „Migrantenselbstorganisationen“

- Projekt Migranten(selbst)organisationen als starke Partner/innen „in Sachen Integration“